

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 52, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6438
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beiliegel)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt:

Eine Forderung der Volksgeundheit! — Eine Feuerungszulage für die städtischen Beamten und Arbeiter in Frankfurt a. M. — Der Hamburger Stadtdirektor als politischer Don Quixote. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus den Gemeinden. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Internationale Mundschau. — Mundschau. — Briefkasten. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Genilleton: Das proletarische Kind. — Totenliste des Verbandes.

Eine Forderung der Volksgeundheit!

Das köstliche Kapital des Staates und der Gesellschaft ist der Mensch. Jedes einzelne Leben repräsentiert in ihm einen bestimmten Wert. Diesen zu erhalten und ihn bis an die unabänderliche Grenze möglichst intakt zu erhalten, das ist nicht bloß ein Gebot der Humanität, das ist auch in ihrem eigenen Interesse die Aufgabe aller Gemeinwesen. — Mit diesen Worten begrüßte im Jahre 1888 der damalige Kronprinz Rudolf von Österreich den hygienischen Kongress in Wien. Seine Worte haben eine große Verbreitung gefunden, gewannen sie doch für manchen an Bedeutung, da kein „gewöhnlicher“ Zeitlicher, sondern der Sproß eines alten Fürstengeschlechtes sie gesprochen hatte. Aber um diese Worte zur Tat werden zu lassen, dazu hat das Vierteljahrhundert, das seitdem bald verfließen ist, nicht im entferntesten genügt. Denn Millionen von Arbeiter haben nicht einmal einige Wochen oder auch nur Tage Ferien im Jahre, um den Körper und dem Geiste nach der schweren Arbeit auch einmal die nötige Ruhe und Erholung verschaffen zu können, als bei den weit weniger arbeitenden und dabei viel besser genährten Kreisen zur Erhaltung der Gesundheit für notwendig erachtet wird! Die Auffassung, es sei nicht nur ein Gebot der Humanität, sondern es liege auch im Interesse des Staates, die Menschen, „das köstliche Kapital des Staates“, gesund zu erhalten, hat in jüngerer Zeit in Deutschland insofern eine andere Bedeutung gefunden, als der Staat mit Schrecken gewahr wurde, daß die Militärauglichkeit immer mehr im Abnehmen begriffen ist. Nur den Militarismus bedeutet das eine Gefahr. Neben den vielen schädlichen Seiten des Militarismus hat er die eine gute Seite, daß er ein kräftiges und gesundes Menschenmaterial braucht, und es ist daher für ihn eine Lebensfrage, den gesundheitlichen Niedergang des Volkes zu verhindern und ihm entgegen zu arbeiten. Unter den vielen Vorschlägen, die gemacht worden sind, befindet sich auch der, für die jugendlichen Arbeiter auf geistlichem Wege Ferien einzuführen. Hat der Militarismus Interesse daran, daß für die jugendlichen Arbeiter die Ferien auf geistlichem Wege eingeführt werden, so müssen wir als organisierte Arbeiter dafür Sorge tragen, daß für alle arbeitenden Menschen die Ferien auf geistlichem Wege eingeführt werden, um sie bis an die unabänderliche Grenze möglichst intakt zu erhalten. So sehen wir denn auch in den Hygienekongressen eine Demonstration für die Gewährung von Ferien. Sie weisen auf die Schäden der andauernden Arbeit hin und zeigen die Mittel zur Gesunderhaltung des Körpers. Hunderte von Kur- und Badeorten werden empfohlen, doch wohl nicht nur für diejenigen, die nicht arbeiten, sondern auch für die Arbeiter? Aber welcher Arbeiter kann die Kur- und Badeorte besuchen, um seinen ermatteten Körper aufzufrischen? Der Arbeiterklasse fehlen die Mittel dazu! Die Kur- und Badeorte zu besuchen, ist eines von den vielen Vorrechten der besitzenden Klasse. Dort führen die Herren oftmals ein Leben in Luxe und Prunk, sie verjubeln mehr Geld in einem Tage, als wie ein Arbeiter in einem Monat, ja in einem halben Jahre verdient! Zu Hause,

im dumpfen Fabriksaal oder im Außendienst ziehen die Arbeiter in glühendem Sonnenbrande und schaffen, damit der Geldstrom nicht verzieht, dessen jene zu ihrem Wohlleben bedürfen!

„Die Arbeit soll das Leben süß und angenehm machen, sie wird aber vielen zur Qual und zur Bürde. Segen und Glück ruhen verborgen in der Arbeit! An uns liegt es, an der Gesellschaft dieses Vorrecht des Gesunden so zu gebrauchen, daß es zur Erhaltung und Verbesserung des Lebens dient. Freilich, an uns liegt es, an uns, an der Gesellschaft, die Arbeit so einzurichten, daß sie zum Segen werde, das Leben süß und angenehm zu machen.“ — Diese Worte schrieb ein Arzt in der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ nieder. Dieser Arzt hat in der genannten Zeitung auch die Ferien vom Standpunkt der Hygiene aus begründet. Alljährlich ein paar Ferienwochen seien höchst wichtig. Schon das Gefühl, einmal ganz sein eigener Herr zu sein, alle Tages Sorgen vergessen zu können, sei von wunderbar erfrischender Wirkung. Ein regelmäßiger jährlicher Erholungsurlaub sei für den Angestellten ebenso notwendig, wie für den Chef. Oft hätte er gehört, wie Patienten zu ihm sagten: „Möchte ich doch nur einmal einige Wochen ganz frei sein.“ Viele Jahre verbraucht so manch armer Teufel seine Kräfte ohne längeren Urlaub, und dann könne er nicht mehr. Der Ferienurlaub solle aber auch nicht dazu dienen, um den Zusammengebrochenen wieder aufzurichten, sondern um das Zusammenbrechen zu verhindern. Um das Zusammenbrechen zu verhindern, muß der Ferienurlaub jährlich sein. — Wie wir schon oben erwähnten; ist es Pflicht der Gesellschaft: „Das Leben des Arbeiters süß und angenehm zu gestalten.“ Was aber fragt die heutige Gesellschaft nach dem Arbeiter? Nichts, soweit es sich um die Verbesserung seiner Lebenslage handelt, aber viel, wenn es gilt, ihn auszubeuten und auszupressen. — Lange und schwere Kämpfe sind geführt worden um die Verkürzung der Arbeitszeit, und noch haben diese Kämpfe ihr Ende nicht erreicht. Ebenso müssen noch lange und schwere Kämpfe geführt werden zur Erlangung von Arbeiterferien. Wie schon und herrlich muß es doch für den Arbeiter sein, wenn er sich einmal einige Tage oder Wochen frei fühlt von dem Trude der Vorgesetzten und sich mit seiner Familie in freier Natur erholen kann. In der Natur hat jedes Wesen seine Schon- und Erholungszeit. Selbst der Staat gibt dem Wild Schonzeit, in der es nicht gejagt werden darf. Gleichwie die Maschine des Stillstandes bedarf, wenn sie intakt bleiben soll, ebenso bedarf der Mensch der Ruhe und Erholung, um neue Kräfte zu sammeln, damit er für die kommende Arbeitsperiode seiner Aufgabe gewachsen ist. Ebenso wie der Besitzer eines Lebewesens für dessen Erhaltung Sorge trägt, ebenso ist es Pflicht der Gesellschaft und des Staates, für Gesundheit und Leben der Arbeiter zu sorgen. Der Arbeiter aber nimmt hier eine Ausnahme, er, ihm verweigert man die Erholungszeit, damit der Profit der Kapitalisten nicht geschmälert wird. Wie auf fast allen Gebieten der Sozialpolitik, so verfährt der Staat auch hier.

Wie jetzt verlautet, sollen Ferien für die Jugend auf geistlichem Wege eingeführt werden, damit der Militarismus keinen Schaden erleidet. In Deutschland werden alljährlich für den völkervernichtenden Militarismus mehr als 50 Proz. aller Staatseinnahmen verausgabt, während auf dem Gebiete der Sozialpolitik kaum 10 Proz. verausgabt werden. Die von militärischer Seite vorgebrachte Behauptung, daß die Militäraufgaben durch den Militarismus keinen Schaden leiden, muß angesichts solcher Zahlen in sich zusammenbrechen. Die Ausgaben für den bewaffneten Frieden entziehen dem Staatkörper seine besten Kräfte. Wie ein Parasit in einem lebenden Körper, füttert der Militarismus im sozialen Organismus der Staaten und läßt sich vom

diesem ernähren. Die Milliarden, die Deutschland in den letzten Jahrzehnten für das Kriegswesen geopfert hat, hätten genügt, das soziale Elend einzudämmen. Heute werden die Errungenschaften der Wissenschaft nicht ausgenützt. Die Menschen gehen in Massen zugrunde, nicht weil es wie im Mittelalter, an Wissen und Erkenntnis des Lebens gebricht, sondern weil es an Mittel fehlt, die Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen. Elend, Krankheit und Unwissenheit machen sich breit, weil der moderne Staat seine Kräfte, die ihn in die Lage versetzen würden, den Kranken zu helfen, den Elenden aufzurichten, den in der Finsternis der Unbildung Versunkenen zur Aufklärung zu verhelfen, sein Geld für Kanonen und Panzerschiffe und für die Ernährung der zur Untätigkeit und Unproduktion verurteilten Kriegerscharen verwendet. Die Kulturaufgaben leiden im höchsten Maße, und jeder Schritt, den die heutigen Staaten auf diesem Wege weiter schreiten, muß sie dem Ruin näher bringen.

Arbeiterferien lassen sich aber noch mit zahlreichen praktischen Gesichtspunkten begründen. Da ist zunächst die Verminderung der vielen Unfälle und Betriebskrankheiten zu vermerken. Im Jahre 1909 mußten rund 10 000 Arbeiter ihr Leben auf dem Schlachtfelde der Arbeit lassen. Hätten diese Menschen auch nur einmal eine Woche Ferien im Jahre gehabt, um dem Körper Ruhe und Erholung zu gönnen, so müßte sich die Zahl der Unfälle wesentlich verringern; denn die meisten Unfälle entstehen nur dadurch, daß der Körper von der Anstrengung übermüdet und gegen Gefahren abgestumpft wird.

Nach einer Statistik unseres Verbandes vom Jahre 1910 (s. a. „Gewerkschaft“ Nr. 42, 1911) gewähren im Deutschen Reich 172 Städte ihren Arbeitern einen Ferienurlaub unter Fortbezahlung des Lohnes. Aber auch dieser Urlaub ist sehr farg bemessen und sehr verschieden. Müssen doch die meisten Arbeiter 3 bis 5 Jahre im Dienste sein, ehe sie einen Urlaub von drei Tagen erhalten. Wohl ist in den letzten Jahren eine kleine Verbesserung eingetreten, aber auch diese ist sehr bescheiden. Damit nun der Arbeiter seine Ferienzeit ganz für seine Gesundheit ausnützen kann, ist eine weitere Forderung an die Stadtverwaltungen, die Errichtung von Ferienheimen für ihre Arbeiter. Würden hier Kommunalverwaltung und Landesversicherung, die eben selbst ein großes Interesse an der Gewährung von Ferien an die Versicherten hat, zusammenarbeiten, so müßte es ein leichtes sein, etwas Muster-gütiges zu schaffen. Diese Ferienheime müßten so beschaffen sein, daß es jedem Arbeiter möglich ist, für ein geringes Entgelt seine Ferienzeit dort zu verbringen. Würde im ferneren eine Verpflichtung getroffen, daß jeder Arbeiter die ihm gewährten Ferien in dieser Weise verbringen müßte, würde das angelegte Kapital reiche Früchte tragen!

Daß die Arbeiterferien nicht nur für den Arbeiter von Nutzen sind, sondern auch für den Unternehmer, hat man in der Privatindustrie in der letzten Zeit ebenfalls erkannt. Man ist denn auch dazu übergegangen, in den Arbeitsverträgen die jährliche Urlaubszeit unter Fortzahlung des Lohnes einzuführen. In verschiedenen Tarifverträgen finden wir die Bestimmungen über eine jährliche Urlaubszeit mit aufgeführt. Was die Arbeiter selbst in dieser Beziehung leisten, davon nur ein Beispiel: In der Nähe von Liverpool, an Englands Küste, befindet sich ein Seebad, Blackpool ist sein Name. Wer es besucht, sieht auf den ersten Blick, daß dieses Seebad von anderen Menschen bevölkert ist, als die anderen Bäder, in denen reiche Frohen ihre Sommertage verbringen.

Blackpool ist das Seebad der Arbeiter von Lancashire. Dort verbringen die Weber und Spinner des großen Textilindustriegebiets ihre Ferien. Jeder englische Textilarbeiter hat Anspruch auf eine Woche Ferien im Jahre. Nicht das Gesetz des Staates, nicht das Gebot der Kirche hat den englischen Arbeitern dieses Recht auf Ferienlage gegeben. Die Kraft ihrer Gewerkschaften hat es ihnen erstritten! Im Kampf ist es erobert worden und in den Tarifverträgen festgelegt. Blackpool zeigt uns, was wir zu erreichen vermögen, wenn wir uns auf unsere Kraft besinnen. Auf andere Faktoren dürfen wir auch in dieser Frage unsere Hoffnung nicht setzen. Was wir haben wollen, müssen wir uns selbst erringen aus eigener Kraft. Ausbau und Stärkung der Organisationen, Fortführung unseres Befreiungskampfes mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, muß unsere Parole sein! Ferienlage — Freie Tage — frei von allen Bekümmernissen und Lasten, die auf uns ruhen, wollen und müssen wir uns erringen. Freie Tage, an denen wir uns auf uns selbst besinnen können, an denen wir uns erinnern, daß auch wir Menschenanfällig tragen und nicht als Sklaven geboren sind!

F. R., Köln.

Eine Teuerungszulage für die städtischen Beamten und Arbeiter in Frankfurt a. M.

Um die Wirkungen der Teuerung einigermaßen abzumildern, beantragte die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten anfangs September, allen unteren städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren. Zur Überraschung der Versammlung gab damals Bürgermeister Grimm die Erklärung ab: Der Magistrat habe bereits fernerseits die Frage einer Teuerungszulage erwogen, sei aber davon abgekommen, er werde der Stadtverordnetenversammlung nächstens eine Vorlage zugehen lassen, in der er an Stelle einer Teuerungszulage eine allgemeine Lohnerhöhung in Vorschlag bringe. Bei Abgabe dieser Erklärung hatten wir die Empfindung, als sollte damit den Antragstellern nur der Wind aus den Segeln genommen werden. Denn man muß wissen, daß in Frankfurt a. M. Magistrat und Fortschrittliche Volkspartei eng verknüpft sind und in den letzten Jahren mit Eifer sucht darüber wachen, daß die Sozialdemokraten keine Erfolge durch Annahme ihrer Anträge erzielen. Aus wahltaktischen Gründen suchen die Fortschrittlichen die Sozialdemokraten jetzt in Arbeiterfreundlichkeit zu übertrumpfen und der Magistrat hilft ihnen dabei wo er kann.

Es dauerte circa vier Wochen, bis die verheißene Vorlage kam. Sie brachte eine allgemeine Enttäuschung. Statt der in Aussicht gestellten allgemeinen Lohnerhöhung brachte sie nur eine mäßige Erhöhung der Mietzuschüsse. Der Antrag des Magistrats gipfelte darin, daß rückwirkend vom 1. Oktober dieses Jahres ab:

1. der Mietzuschuß für alle Beamten, Angestellten und Hilfsbeamten der Gehaltsklasse IIIa abwärts, sowie für die Berufsfeuerwehrmännchen und die ständigen Arbeiter um 60 Mk. jährlich erhöht, ferner ein Mietzuschuß von 60 Mk. neu eingeführt wird für das Personal, welches kinderlos verheiratet ist oder einen eigenen Hausstand führt, was zugleich die Wirkung hat, daß der Mietzuschuß, auch wenn die Kinder sämtlich das Grenzalter erreicht haben, nicht mehr fortfällt, sondern in Höhe von 60 Mk. weiter gezahlt wird, solange ein eigener Hausstand besteht;

2. den ständigen Arbeitern, sowie den Berufsfeuerwehrmännchen der Mietzuschuß künftig bis zum vollendeten 18. Lebensjahre der Kinder gewährt wird.

Die Dringlichkeit dieses Antrages ist in die Augen springend. Abgesehen von der ungemessen niedrigen Erhöhung der Mietentschädigung sind bei diesem Vorschlag alle unständigen und ledigen Arbeiter unberücksichtigt geblieben. Von sozialdemokratischer Seite wurden diese Lücken in der Vorlage gebührend beleuchtet und beantragte, daß an Stelle einer Erhöhung der Mietentschädigung eine allgemeine Lohnerhöhung trete. Im Einklang mit einer Eingabe, die die städtischen Arbeiterausschüsse gleichzeitig an Magistrat und Stadtverordnete gemacht hatten, stellten die Sozialdemokraten den Antrag:

An Stelle der vom Magistrat in Aussicht genommenen Erhöhung des bisherigen Mietzuschusses und Einführung eines neuen Mietzuschusses sämtlichen städtischen Arbeitern und Bediensteten eine Erhöhung der gegenwärtigen Löhne zu gewähren.

Die Erhöhungen sollen betragen:

a) für die Arbeiter der 1. bis 3. Lohnklasse der Allgemeinen Lohnstafel 10 Pf., für die 4. bis 5. Lohnklasse 30 Pf. pro Tag;

b) für die Schaffner und Wagenführer der Straßen- und Stadtbahn 10 Mk. pro Monat;

c) für die Angehörigen der Lohnklasse 1 der Sonderlohnstafel für die Krankenhäuser, Irrenanstalt, Pflanzengärten usw. 40 Pf. pro Tag;

d) für die Angehörigen der Lohnklassen 2 bis 4 der unter e angegebenen Sonderlohnstafel pro Monat 10 Mk., für die Angehörigen der Lohnklasse 5 5 Mk. pro Monat;

e) für die Mannschaften der Berufsfeuerwehr pro Monat 10 Mk.

Die Magistratsvorlage mit dem Gesuch der städtischen Arbeiterausschüsse wurde dem Finanzausschuß zur weiteren Beratung überwiesen. Dort zeigte sich bald, daß Magistrat und Fortschrittliche Volkspartei einzig waren in der Bekämpfung des sozialdemokratischen Antrages. Man machte dagegen geltend: Der Antrag bedeute eine vollständige Aenderung des seit einigen Jahren eingeführten Lohnsystems. Eine solche allgemeine Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter würde eine Erhöhung der Gehälter für Beamte und Lehrer zur Folge haben. Dazu läge aber keine Veranlassung vor, um so weniger, als erst vor zwei Jahren eine durchgreifende Erhöhung der Bezüge sämtlicher Angestellten und Bediensteten der

Stadt stattgefunden hätte. Diese Erhöhung bringt eine jährliche Belastung des Stats von circa 1½ Millionen Mark. Eine erneute allgemeine Aufbesserung könnte selbstverständlich nicht auf die Arbeiter beschränkt bleiben und würde von einschneidender finanzieller Tragweite zu Lasten der Steuerzahler sein. Weiter wurde von den Fortschrittlerern gesagt, „daß in Zeiten der Teuerung, wie wir sie gegenwärtig haben, und die auch Veranlassung dieser Vorlage sind, es Aufgabe der Stadt ist, in erster Linie denjenigen zu helfen, die es am nötigsten haben, und das sind die Familienväter oder diejenigen, die gezwungen sind, einen eigenen Hausstand zu führen“. Diesen Leuten werde aber am besten geholfen durch Erhöhung des Mietzuschusses.

Diese Gründe sind gewiß wenig stichhaltig; aber für die bürgerliche Mehrheit waren sie überzeugend genug, um die sozialdemokratischen Anträge abzulehnen. Auch ein abgeänderter Antrag der Sozialdemokraten, die Erhöhung für die Arbeiter der 1. bis 3. Lohnklasse und für die Angehörigen der Lohnklasse 1 der Sonderlohnstufe statt auf 40 auf 30 Pf. und für die Arbeiter der 4. und 5. Lohnklasse statt auf 30 auf 20 Pf. pro Tag zu bemessen, fand keine Gnade vor den Augen der Fortschrittler; er wurde glatt abgelehnt. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten:

„Den Magistrat zu ersuchen, eine Verrechnung darüber anzustellen, welche Summe in Betracht kommt, wenn für Beamte bis zur Klasse IIIa sowie sämtliche händlichen und unehelichen Arbeiter 5 Proz. Zulage gewährt würde“.

Wurde ebenfalls abgelehnt, weil der Magistrat erklärte, daß dafür eine Summe von etwa 600 000 Mk. nötig sein würde. Die Höhe dieser Summe hielt die Fortschrittler ab, auf diesen Antrag näher einzugehen. So sagte man. In Wahrheit waren es andere Motive, die die Herren veranlaßten, alle sozialdemokratischen Anträge abzulehnen. Die kommenden Reichstagswahlen zwingen die Fortschrittler, arbeiterfreundlich zu sein, denn in Frankfurt steht ein „Fortschrittsmann“ dem sozialdemokratischen Kandidaten gegenüber. Deshalb wird jetzt alles getan, um nach außen hin die freisinnige Arbeiterfreundlichkeit in das rechte Licht zu stellen. Das geschieht in der Weise, daß man die sozialdemokratischen Anträge ablehnt, um dann sagen zu können: der freisinnigen Initiative haben die Arbeiter die Lohnaufbesserung zu verdanken.

Wie recht wir haben, wenn wir sagen, daß wahlaktische Motive ausschlaggebend waren bei Beurteilung und Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge, erhellt am besten aus der Tatsache, daß die Fortschrittler nach Abwägung der sozialdemokratischen Anträge den Antrag stellten, die Magistratsvorlage dahin abzuändern, daß:

1. den unehelichen verheirateten Arbeitern nach dreimonatiger Beschäftigung ein Mietzuschuß von 60 Mk., zahlbar in monatlichen Raten von 5 Mk. gewährt wird;
2. daß die Schuldner eine Aufbesserung in gleicher Höhe erhalten;
3. daß das Fahrpersonal der Straßenbahn einschließlich des Meierpersonals nach zehnjähriger Dienstzeit Beamtencharakter erhält und nach dem zuletzt bezogenen Lohn in die Gehaltsklasse VII (1800 bis 2200 Mk.) eingewiesen wird;
4. daß andererseits die Erhöhung des Mietzuschusses nur bis zur Gehaltsklasse IV (diese einschließen) gewährt wird.

Zunächst erklärte der Magistrat, auf die Anträge zu 2, 3 und 4 unter keinen Umständen eingehen zu können; nur dem Antrag 1 wollte er entsprechen. Den Schuldner eine weitere Gehaltsaufbesserung zu gewähren, dazu liegt kein Anlaß vor, denn diese hätten das Privilegium billiger Dienstwohnungen. Den Straßenbahnern Beamtencharakter zu gewähren, gehe nicht an mit Rücksicht auf die daraus entstehenden Konsequenzen und wegen der Kosten. Und bezüglich des Antrages 4 erklärte der Magistrat, auf seinem Vorschlag bestehen bleiben zu müssen. Gleichzeitig machte er folgende Kostenberechnung auf:

| | |
|--|-------------|
| I. Kosten der Magistratsvorlage. | 325 000 Mk. |
| II. Antrag der Sozialdemokraten bzw. der händlichen Arbeiterschaft: Erhöhung der gegenwärtigen Löhne für sämtliche Arbeiter und Bedienstete. | 490 000 „ |
| III. Antrag der Fortschrittler: | |
| a) Gewährung eines Mietzuschusses an uneheliche und Arbeiter nach schlagunswürdiger Ermittlung d. d. | 40 000 „ |
| b) Schuldner, Mehrausgabe und | 5 000 „ |
| c) Erhöhung des Fahrpersonals der Straßenbahn einschließlich der deren Entlohnung in Gehaltsklasse VII | 48 000 „ |
| d) Verrückung des Mietzuschusses bei Beamten bis zur Gehaltsklasse IV, Mehrausgabe | 10 110 „ |
| Ansatzamt Mehrausgabe bis 1. gegen die Magistratsvorlage | 82 560 „ |

Die Frage der Verleihung der Beamtenrechte an die Straßenbahner hatte Magistrat und Stadtverordnetenversammlung schon mehrfach beschäftigt. Um die

Straßenbahner für die kommenden Wahlen zu fördern, hat man ihnen versprochen, sie zu Beamten zu machen und ihnen damit eine ansehnliche Gehaltserhöhung zu verschaffen (im Endgehalt beträgt die Erhöhung 400 Mk.). Der Magistrat hat sich aber bisher ablehnend zu dieser Forderung verhalten. Zur Rechtfertigung seines Standpunktes sagte er: „Eine etwaige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kann nicht auf das Fahrpersonal der Straßenbahn beschränkt bleiben, sondern muß, wenn nicht die größte Unzufriedenheit entstehen soll, auch auf die anderen städtischen Arbeitergruppen ausgedehnt werden. Eine solche Beschränkung würde namentlich von den Arbeitergruppen als ungerecht empfunden werden, welche dem Fahrpersonal der Straßenbahn gleich stehen.“ Aus diesen und anderen Gründen erklärte der Magistrat, nicht in der Lage zu sein, die Forderung des Straßenbahnervereins und seiner freisinnigen Projektoren entsprechen zu können.

Um aus dieser unangenehmen Situation herauszukommen, stellten die Fortschrittler — offenbar in vorherigem Einvernehmen mit den Magistratsvertretern — den Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das Fahrpersonal einschließlich des Meierpersonals der städtischen Straßenbahn mittels zivilrechtlichen Dienstvertrags gemäß Reg. vom 30. 3. 1900 nach zehnjähriger Dienstzeit anzustellen, auch gleichzeitig eine Erhöhung der Löhne eintreten zu lassen, die einer Gleichstellung mit den Löhnen der Beamtengehatsklasse VII entspricht.“

Um seinen Freunden in der Wahlen zu helfen, erklärte sich der Magistrat im Auschuß bereit, diesem Antrag zustimmen zu wollen. Die daraus entstehenden Mehrkosten beziffert er zunächst auf 40 000, später auf 80 000 Mk. Ingesamt beziffern sich die Mehrausgaben bei Annahme der gestellten Anträge auf 85 000 Mk. Welche weiteren Konsequenzen die Annahme des Antrages der Freisinnigen, den Straßenbahnern Beamtencharakter, wenn auch in beschränkter Form, zu gewähren, zeitigen wird, muß abgewartet werden. Wir glauben, weder die Straßenbahner, noch die Antragsteller werden damit große Freude erleben. Die „Gutgesinnten“ wird der Magistrat mittels zivilrechtlichen Dienstvertrags anstellen, und die anderen werden in ihrem gegenwärtigen Dienstverhältnis bleiben. Damit wird man die Unzufriedenheit und Verbitterung unter den Straßenbahnern nur noch steigern. Jedenfalls haben dann die anderen städtischen Arbeiter und Bediensteten erst recht Veranlassung, auf eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinzuwirken. Je einiger sie dabei sind, desto größer wird ihr Erfolg sein.

O. Z.

Der Hamburger Kaidirektor als politischer Don Quixote.

„Ich will zugaben, daß ich die Arbeiterbewegung nicht aufhalten kann, aber hier im Staatsbetrieb, wo ich die Macht in Händen habe, werde ich sie bekämpfen, solange ich lebe, und ich werde dabei vor keinem Mittel zurückschrecken!“ — So erklärte der Hamburger Staatskaidirektor Winter kürzlich der Arbeiterschaft dieses Betriebes. Und er sprach die Wahrheit. Wenn wir als Arbeiterorganisation uns personifiziert denken, so werden wir über die Feindschaft eines Menschen von der Größe und Bedeutung dieses Winters von oben herab lächeln; Winter reicht uns kaum bis an die Knie, und wir können ihn noch nicht als Stiefelpuffer gebrauchen. Denken wir uns weiter in analoger Folge die moderne Arbeiterbewegung als Ganzes, so gleicht ihr gegenüber ein Winter dem Wurm, der sich vor ihrem Antritt seitwärts in den Kot rettet. Winter will seine Zähne deshalb auch nur an die Hamburger Matiarbeiter versuchen. Und dies tut er — und da hat er auch wieder offenherzig gesprochen, wenn er sagte, er schrecke vor keinem Mittel zurück — mit stempelnder Rücksichtslosigkeit. In seinen Maßnahmen gegen organisierte Matiarbeiter und den sich ihm dazu bietenden Mitteln nach sieht er sich über Moral, Gesetz und Recht, ja über die höchsten im Staate als seine Vorsetzungen hinweg. Ein verführerischer und für die einzelnen Arbeiter gemeingefährlicher Fanatismus.

Dieser Hamburger Kaidirektor ist den Lesern der „Gewerkschaft“ kein Unbekannter. Wir haben uns insbesondere in den Jahren 1906 und 1907 mit ihm beschäftigt. Derzeit hatte er, wie erinnerlich sein dürfte, unsere Kollegen Groth und Schleiß gemahnt, weil sie als gewählte Lohnkommission eine Lohnempfehlung an die Deputation für Handel und Schifffahrt gerichtet hatten. Daraus entwickelte sich dann weiter der Strafprozeß gegen unseren Kollegen Schönberg, der in einer Matiarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: „Staatskaidirektor Winter am Pranger!“ bis

fragliche Maßregelung als Arbeiterrechtskündigung gebrandmarkt, dabei die persönliche Ehrenhaftigkeit Winters als Maidirektor hart in Zweifel gezogen hatte und dadurch Winter beleidigt haben sollte. Wir haben schon damals mitgeteilt, daß Winter sich berufen läßt, den Staatsbetrieb vor dem Haß durch die Sozialdemokraten und den Staat selbst vor den Sozialdemokraten und Juden zu retten. Er gilt als kleiner Antisemitismus — zu einem großen reichs selbst unter der Sorte Volkstörchen nicht bei ihm — und er ist Mitglied des berühmten Reichsverbandes. Seine von ihm als Person betriebene Bekämpfung der Arbeiterbewegung besteht darin, daß er im Hamburger Staatsbetrieb einen gelben, Antisemitismus mimenden Arbeiterverein pöppelt und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter drangsalirt. Das alles ist aber in seiner Allgemeinheit nichts Neues mehr, wie bereits bemerkt. Jetzt handelt es sich nur darum: Der Hamburger Staatsbetriebsdirektor mißbraucht immer frivoler diese Stellung zu seinem Parteizweck als Politiker, in der Arbeiterkraft dieses Staatsbetriebes die gewerkschaftliche Arbeiterkoalition zu bekämpfen! Und wegen dieses Treibens wollen wir als Gewerkschaft der Arbeiter ihn züchtigen und die verantwortlichen Vertreter des Staates zwingen, ihm die Streiche zu legen.

Maidirektor Winter hat wieder zwei langjährig am Staatsbetriebe beschäftigte, sich dienstlich ohne Tadel und zur vollen Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten führende Arbeiter durch Entlassung gemahregelt! Diese Maßregelung ist der Ausfluß der Belästigung des Maidirektors in seiner fanatischen Posse gegen die Arbeiterbewegung. Und die Vorgesetzten dieser Maßregelung ist für den hamburgischen Staat als Arbeitgeber ein Makt der Schmach und Schande!

Die anfangs dieses Artikels zitierten Worte Winters sprach dieser zu den beiden gemahregelten Arbeitern, den Kranführern Roffing und Frank.

In der Darstellung des Verlaufes dieser Angelegenheit wollen wir einer diese betreffenden, von uns an die Deputation für Handel und Schifffahrt gerichtete Beschwerdeeingabe ihrem Inhalte nach folgen. Zunächst wird in dieser Eingabe ihr Zweck bezeichnet, und dann lautet sie weiter:

„Am 20. September d. J. ließ Herr Winter die Kranführer Roffing und Frank zu sich kommen und erklärte ihnen folgendes: Es ist mir von Ehrenmännern in glaubhafter, ich sage in glaubhafter Weise berichtet worden, daß die Verbandsbrüder unsere übrigen Arbeiter fortgesetzt belästigen. Ich habe hier eine lange Namensliste, auf der alle diese Verbandsbrüder verzeichnet stehen. Auch Sie befinden sich darunter. Ich habe Sie nun kommen lassen, um Sie noch einmal zu verwarnen. Es ist dies aber auch das letzte Mal, daß ich Sie verwarne. Sobald von neuem auch nur die geringste Beschwerde über Sie kommt, daß Sie oder andere Ihrer Verbandsbrüder mit Ihrer Agitation andere Arbeiter belästigen, werde ich sofort ohne weiteres alle entlassen. Ich mache Sie als Mitglieder des Arbeiterausschusses für Ihre Verbandsbrüder mitverantwortlich. Ich mache Sie ferner auch dafür verantwortlich, wenn unsere Arbeiter von Leuten belästigt werden, die nicht bei der Maidverwaltung beschäftigt sind. Dies können Sie Ihren Verbandsbrüdern mitteilen. Auf eine Auseinandersetzung lasse ich mich mit Ihnen nicht ein. Geben Sie!“

Die beiden Arbeiter gingen aber nun nicht sofort. Roffing sagte: „Herr Direktor! Als Ehrenmann sollten Sie uns doch zu Worte kommen lassen, bevor Sie uns verurteilen. Ich stehe zwölf Jahre im Dienste der Maidverwaltung, habe mir niemals etwas zuzuschulden kommen lassen, und nun soll ich mir stillschweigend solche Behandlung gefallen lassen. Es ist unwar, daß ich während meiner Dienstzeit andere Arbeiter im Dienste mit Verbandsangelegenheiten belästigt habe. Ich bin vor drei Jahren einmal, als ich angelockt während der Arbeitszeit agitiert haben sollte, verwarnet worden, und seit der Zeit habe ich alles vermieden, was auch nur im geringsten als Agitation in Verbandsangelegenheiten angesehen werden konnte. Herr Direktor, Sie haben Ihre Angaben von sechs Kranführern, unter denen sich Löwenstein befindet. Löwenstein ist der Führer jener Leute, und der Mensch bringt alles fertig. Seine Behauptungen sind, soweit meine Person in Frage steht, vollständig erledigt.“

Und daraufhin entspann sich eine längere Auseinandersetzung zwischen Herrn Winter einerseits und den beiden Arbeitern andererseits. Herr Winter versuchte, den Löwenstein dadurch auszuhalten, daß er bemerkte: „Sie wollen auf die Personalkosten hinaus. Damit bleiben Sie hier weg.“ Ueber seine Absichten im allgemeinen erklärte er:

„Sie verlangen von mir wohl gar noch Neutralität? Das gibt's ja gar nicht! Sie sind eine Partei, die den Staat und alle Ordnung untergraben will. Ich bin aber der Vertreter des Staates und halte es deshalb mit den Leuten, die darauf aus-

gehen, Sie zu bekämpfen. Und diese Arbeiter im Maidbetriebe werde ich mit allen Mitteln unterstützen, damit Ihre Verbindung unterdrückt wird.“

Ich gebe ja zu, daß ich die Arbeiterbewegung nicht aufhalten kann. Aber hier im Maidbetriebe, wo ich die Macht in Händen habe, werde ich Sie mit den schärfsten Mitteln bekämpfen, solange ich lebe. Und ich werde vor keinem Mittel zurücktreten! Sie können mich nun ja in der Öffentlichkeit mit Schmutz bewerfen. Darüber lache ich. Es freut mich sogar.“

Roffing und Frank dagegen führten die Aussprache immer wieder auf den Kernpunkt der in Rede stehenden Sache zurück. Beide verwarnten sich wiederholt gegen die gegen sie erhobenen Beschuldigungen und verwiesen immer wieder auf die Quelle derselben. Roffing sagte dabei unter anderem: „Herr Direktor! Wir kennen den Löwenstein, haben Sie wieder eingestellt, damit er uns bespitzeln soll!“ Hierzu schwieg Herr Winter.

Und wer ist dieser Löwenstein seinem Wirken und seiner Person nach? Unser diesbezügliches Wissen ist nur Stückwerk. Aber das wenige, was wir an Tatsachen über diesen Löwenstein wissen, genügt zu seiner Charakterisierung vollständig. Es genügt, den insofern gegen den Maiddirektor Winter gerichteten Teil unserer Beschwerde zu begründen. Dabei brauchen und wollen wir auf das Privatleben des Löwenstein nicht eingehen.

Löwenstein ist 33 Jahre alt. Er wurde aber bereits mehr als ein Dutzendmal bestraft wegen Vergehen oder Verbrechen. Unter diesen Delikten stehen verzeichnet: Landstreicherei, Diebstahl, wiederholter Diebstahl, Einbruchdiebstahl und Sittenverbrechen. Beim Militär — er diente in Wilhelmshaven bei der Marine — wurde er mit Festung und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bestraft. Diese Strafe verbüßte er in Mönin. Später entwich er von seinem Truppenteil und entfloh nach Holland. Hier ausgewiesen, wurde er auf deutschem Boden ergriffen, wegen Fahrens ohne Führerschein bestraft und nach Magdeburg gebracht, wo er in der Zuchthaus als Arbeitsfeldat hängen mußte. Er arbeitete dann später in Wilhelmshaven, Kiel, Danzig und kam schließlich nach Hamburg. Hier meldete er sich im März 1908 zur Aufnahme als Mitglied des Verbandes der Heizer und Maschinisten. Kurze Zeit Mitglied dieses Verbandes, stellte er an den Vorstand desselben den Antrag, ihm die Beiträge zu stunden. Er begründete diesen Antrag damit, er müsse jedes Monats Gefängnis verbüßen, und zwar wegen Schprellerei und Logischulden. Im Oktober 1909 ließ er sich in den benannten Verband von neuem als Mitglied aufnehmen. Als bald war er in einen Streik der Arbeiter der Firma Schudert u. Co. verwickelt und verurteilte sich als Streikleiter aufzuspielen. Am 1. April 1910 ist er dann abermals aus dem Verband ausgeschieden. Sein Vorleben war dem Vorstand des Verbandes nicht bekannt.

Dieser Löwenstein wurde nun 1910 am Staatsbetriebe als Kranführer eingestellt. Nachdem er einige Wochen im Dienst stand, kündigte ihm sein Abteilungsvorgesetzter, der Ingenieur Krautschopp. Er wurde auch entlassen, Herr Winter selbst stellte ihn aber wieder ein. Löwenstein selber erzählte seinen Arbeitskollegen, er sei gekündigt und entlassen worden, weil die Maidverwaltung sein Sittengewissen eingefordert habe und dieses nicht „rein“ sei.

Als der Löwenstein am Staatsbetriebe eingestellt worden war, betrieb er alsbald unter seinen Kollegen, den Kranführern am Staatsbetriebe, eifrige Agitation für den Verband der Maschinisten und Heizer. Er renommierte mit seiner Mitgliedschaft dieses Verbandes und ferner mit seiner Tätigkeit in der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Er betrieb diese Agitation in lärmender und auch im übrigen in höchst auffälliger Weise, vornehmlich im Vertriebe und während der Arbeitszeit. Dies machte seine Arbeitskollegen stutzig und sie ließen sich nicht weiter mit ihm ein. Dann wurde er selbst Mitglied des „Kreises der im Aufhendienst beschäftigten und nicht fest angestellten Staatsangehörigen“, und nun war er am Staatsbetriebe ebenso aufdringlich für diesen Verein. Im Mai d. J. trat er an den Kranführer Roffing, Mitglied des Arbeiterausschusses der Maidverwaltung, mit der Aufforderung heran, Roffing solle in dem letztbenannten Verein Mitglied werden und die Versammlungen dieses Vereins besuchen, sonst könne er im Arbeiterausschuß die Interessen der Kranführer nicht vertreten. Roffing lebte das an ihn gestellte Ansuchen ab mit dem Bemerkten, der Arbeiterausschuß selber veranstalte Betriebsversammlungen für alle Maidarbeiter, und dort könnten auch die Kranführer ihre Wünsche vorbringen, soweit sie dazu auf andere Weise nicht in der Lage sein sollten. Daraufhin drohte Löwenstein, er wolle die Arbeiterausschußmitglieder schon kriegen usw. Und nun wurde er schließlich bei dem Herrn Maiddirektor vorstellt, indem er behauptete, die Arbeiterausschußmitglieder und andere gewerkschaftlich organisierte Maidarbeiter, die auf der von ihm vorgelegten Namensliste verzeichnet standen, hätten mit ihrer Agitation die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter belästigt.

Trotzdem nun Herr Winter die Vergangenheit des Löwenstein kannte, ging er ohne weiteres auf dessen Anzeige hin gegen die Beschuldigten vor. Hätten diese sich so abweisen lassen, wie Herr Winter es versuchte, dann wären sie und andere ebenfalls von Löwenstein beschuldigt worden alsbald aus dem Dienst der Maidverwaltung entlassen worden, denn Löwenstein und seine Gesinnungs-

genossen würden recht schnell mit neuen Klagen wegen „Belästigung“ an den Stadtdirektor herangetreten sein. Und analoge Fälle sind auch zukünftig zu befürchten. Herr Winter bezeichnete Löwenstein als einen Ehrenmann, der glaubhaft sei, und das gibt zu denken.

Die Eingabe kritisiert dann die Erklärungen des Stadtdirektors und seine Protektion des Löwenstein unter den Gesichtspunkten des formalen und des sittlichen Rechtes sowie der Staatsräson. Mit trüchtiger, aber laarscharfer Logik durchkreuzt das Schwert der Kritik die Handlungen des Stadtdirektors und beweist die juristisch, moralisch und staatsordnungsmäßig skandalöse Unhaltbarkeit dieser Zustände. Zum Schluß heißt es:

„Ein Eingreifen der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe ist unbedingt erforderlich. Herrn Winter dürfen die Arbeiterangelegenheiten nicht mehr anheimgestellt bleiben. Herr Winter erklärt sich weit entfernt von aller Effektivität und dies macht ihn unfähig, in Arbeiterangelegenheiten so zu verhandeln, wie es vernünftigerweise für die Arbeiter geschehen muß und das Interesse des Staates es erfordert. Die Arbeiterschaft hat das gesetzmäßige Recht, sich zu koalieren. Herr Winter mißbraucht seine Staatsstellung zur Verdrängung der Arbeiter, weil sie koaliert sind. Noch ist übrigens auch die sozialdemokratische Partei gefehlich mit allen anderen politischen Parteien gleichberechtigt. Ganz abgesehen davon, daß die gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter mit den Angelegenheiten der sozialdemokratischen Partei so wenig etwas zu tun haben, wie mit Angelegenheiten einer anderen politischen Partei. Die gegenteilige Ansicht des Herrn Winter, der in diesem Zusammenhang vom Umsturz der staatlichen Ordnung redete, was an sich auch noch wieder blühender Unsinn ist, ist krankhafte Phantasie. Herr Winter als Vertreter des Staates verbindet sich mit dem Soldaten zweiter Klasse gegen organisierte, zum Teil militärisch organisierte Arbeiter, weil diese ihr Staatsbürgerrecht ausüben. Herr Winter erscheint als ein politischer Kriechling, dem die Parteileidenschaft die Ueberlegung geraubt. Der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe fällt die Aufgabe zu, den Stadtdirektor auf den Weg seiner Pflicht als Vertreter des Staates zu verweisen.“

Am 27. Oktober wurde die Eingabe eingereicht, und zwar wurde je ein Exemplar derselben allen 23 Mitgliedern der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe zugestellt. Und was geschah nun? Am 11. November wurden die beiden Anführer Rossing und Frank unter Voranzahlung ihres Lohnes für die ihnen zustehende einwöchentliche Kündigungsfrist entlassen! Der nächste Vorgefallene mußte ihnen das Entlassungsdekret vorlesen, woraus sie entnehmen konnten, sie seien sofort zu entlassen, weil sie dem Vorstehenden des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Unwahrheiten über den „Herrn Direktor Winter“ erzählt hätten. Eine unerhörte Maßregelung, herbeigeführt unter so empörenden Umständen und Vorgefährdungen, wie man sie bisher in einem hamburgischen Staatsbetrieb nicht für möglich hielt. Das ist furchtbare Dummheit. Wir werden aber damit fertig werden. — g.

Das proletarische Kind.

Wie oft hören wir von hart arbeitenden Kollegen in der Kleinagitation, von Mund zu Mund, in der Betriebsversammlung und im ernsthaften Privatgespräch die charakteristische, wenn auch etwas resignierende Wendung: „Wir wollen wenigstens alle Anstrengung machen, damit es unseren Kindern einst besser geht wie uns!“

Ja wohl! Die allergrößten Anstrengungen sind erforderlich, denn heute kann man nur mit Entsetzen zusehen, wie der Proletariatsnachwuchs eine Leidenstette vom ersten Atemzug an mit sich herum-schleppen muß.

Ob wir uns die nackten Ziffern der Säuglingssterblichkeit vergegenwärtigen — ein Sechstel aller Kinder gehen in Deutschland vor Vollendung des ersten Lebensjahres zugrunde — oder ob wir hineinblicken in den finsternen Schlund, genannt Kinderarbeit, es ist ein furchtbares Bild. Trotz des Kinderkutschgesetzes seit 1903 wurden 1908 noch 5159 Anaben und 3841 Mädchen unter 14 Jahren allein in Fabrikbetrieben ermittelt. Dazu kommen zehn tausende, die vor den Schulstunden mit Frühstück und Zeitungsausschnitten gequält werden, weitere zehn, ja, hunderttausende Proletariatskinder sind in der Heimindustrie, Landwirtschaft usw. „beschäftigt“, d. h. ihre Jugend geht freudlos oder doch in unfidestlicher Weise dahin. Soweit sie nicht dahinsiechen, denken sie später mit Grauen an ihre Jugendzeit zurück.

Und die Schule, unsere „Volks“-Schule, bringt kein Licht in dieses tiefe Dunkel. Drill und Formellram ist das Signum dieser „patriotischen“ und „religiösen“ Vorbereitungsanstalten. Die ungenügende Zahl der Lehrkräfte, sorgt dafür, daß auch die „Volks-erzieher“ nur ja nicht den Menschen bei sich und ihren Schülern entdecken können. 1906 kamen in Deutschland auf eine Lehrkraft 56 Volksschüler, auf dem Lande sogar 150—200. Da mag der Teufel Pädagoge spielen!

• Rus Politik und Volkswirtschaft •

Genosse Wilhelm Pfannkuch feierte am 25. November seinen 70. Geburtstag. Er ist einer von den wenigen uns Verbleibenden, die das Wirken Lassalles persönlich miterlebt haben. Schon als blutjunger Tischlergehilfe stand er in den Reihen der Lassallianer und gleichzeitig in vorderster Reihe der deutschen Arbeiterbewegung. Auch für die gewerkschaftliche Organisation hat Pfannkuch viel Pionierarbeit geleistet. Von 1892 bis 1894 war er Redakteur der „Holzarbeiter Zeitung“. Dann wurde er in den Parteivorstand gewählt, wo er auch jetzt noch als Sekretär tätig ist. Genosse Pfannkuch war von 1884 bis 1887 und von 1898 bis 1906 Reichstagsvertreter. Als Berliner Stadtverordneter wirkte er ununterbrochen seit 1890. Besonders in der Deputation für die Straßenreinigung hat sich Genosse Pfannkuch als eifriger Anwalt der Arbeiterinteressen, insonderheit auch unserer Kollegen, bewährt. Wir bringen ihm nachträglich unseren herzlichsten Glückwunsch dar.

• Notizen für Gasarbeiter •

Die Lohnbewegung der Gasarbeiter in Göttingen (Anh.). Wie schon berichtet, sind die Gasarbeiter in Göttingen in eine Bewegung eingetreten, um ihre fürwahr traurigen Lohnverhältnisse aufzubessern. Der bisherige Stundenlohn betrug für 1. Feuerleute 34, für 2. Feuerleute 32 und 33 und für 3. Feuerleute 31 Pf. Die Gasarbeiter wurden mit 30 und 31, die Kohlenfahrer mit 30, der Stellwärter mit 31, die Einlassierer mit 32, die Kesselleger mit 33 und die Installateure mit 36, 38 und 39, außer an zwei Fällen, wo 48 Pf. an Auswärtige gezahlt wurden, entlohnt. Der jetzige Stundenlohn beträgt für 1. und 2. Feuerleute 40, für 3. Feuerleute 35, für Kohlenfahrer 32 und 33, für Gasarbeiter 32 und 33, für Kesselleger 40, für Stellwärter 35, für Einlassierer 36 und für Installateure 40 bis 50 Pf. Stehen auch diese Löhne bei weitem hinter denen der Kollegen in den Städten von gleicher oder ähnlicher Größe wie Göttingen weit zurück, so werden die Arbeiter durch die Bewegung gelernt haben, was eine Einheitsorganisation vermag. In recht sonderbarem Lichte zeigte sich die Gasverfälschung. Durch Denunziation wurde ein Kollege gemahngestellt. Diefem gelang es aber, wieder in den Betrieb hineinzukommen. Die Direktion nahm nun bei den Verhandlungen einen mehr als sonderbaren Standpunkt ein, den sich die Arbeiter für späterhin

Was wunder, wenn alsdann die für den Lebenskampf so wenig vorbereiteten jungen Menschen förmlich auf den Weg des Lasters gedrängt werden! Wohnungsgeld und Schlafgänger-unwesen (in Deutschland wohnen 5,8 Millionen in fremden Familien!) sind gewissermaßen die Vorbereitungsetappen. Die un-menschlichen Greuel der „Fürsorge“, die so mannigfaltig in zahl-reichen Projekten aufgedeckt wurden (ohne daß Abhilfe geschaffen wird!), sorgt weiter dafür, daß das Verbrechertum und die Prostitution forgesetzt neuen Zuwachs erhält. Ein trauriges Ende im Zuchthaus, schwere Krankheit und Siedum, Taten der Verzweiflung und des Wahnsinns, Alkoholismus als „Trost“ und seine vielgestal-tigen furchterlichen Folgen, das sind Früchte unserer „Kultur“, Fürwahr, das alles ist nicht dazu angetan, ein Loblied anzustimmen, sondern diese Gesellschaftsordnung in den Anflagezustand zu versetzen!

Als verheißungsvoller Lichtblick im scheinbar unabwendbaren Schicksal der Arbeiterklasse und seiner Nachkommenschaft steht nun die proletarische Bewegung da. Gewerkschaftliche wie politische Organisation schafft Aufklärung, Erkenntnis und damit ein ernstes Wollen, den Grausamkeiten der heutigen Gesellschaftsordnung ein „Halt!“ entgegenzurufen. Mit geeinter Kraft ist die Prole-tariatsklasse selber am Werke für sich und ihre Nachkommenschaft andere, bessere Kulturstände herbeizuführen.

Ein treffliches Kampfmittel wird uns das Buch Otto Rühle's sein, das wie einstens und heute noch Sebels „Trau und der Sozialismus“ wohl geeignet ist, einer ganzen Generation neue Einblicke, neue Aufgaben, neue Pflichten eindringlich zu machen. Wenn nachstehend auch nur ein paar Auszüge gegeben werden

*) „Das proletarische Kind.“ Eine Monographie. Von Otto Rühle. Verlag Albert Langen, München, Paris. Preis 3 Mk.

merken werden. Zuerst wurden noch weitere Gehaltssteigerungen in Aussicht gestellt, dann sollte die Einstellung des Gemeinderats unter der Bedingung erfolgen, wenn auf den Abschluß eines Lohnvertrages verzichtet werde. Nachdem verlangt wurde, daß diese Zugeständnisse schriftlich gemacht werden sollten, erklärte der Direktor Sauter, daß es dessen nicht bedarf, da er sein Wort noch niemals getrotzt habe. Später aber wollte er das verständliche Entgegenkommen nicht einlösen. Nur die Einmütigkeit aller zwang ihn wenigstens zu der Einstellung des Entlassenen. Darauf ließ man den geforderten Lohnvertragsplan.

Planen i. S. Eine 15 prozentige Lohnsteigerung fordern die in den städtischen Gaswerken beschäftigten Arbeiter. Das Vorhaben der Kollegen entspricht dem Beschluß der letzten Versammlung, in der Genossenschaft das Referat hielt.

• Aus den Stadtparlamenten •

Köppard. In der Stadtverordnetenversammlung vom 16. November wurden die Einnahmen der Stadtkasse für 1910 auf 326.331 Mk., die Ausgaben auf 317.139 Mk. festgestellt. Das Gesamtergebnis ergab 20.000 Mk. Ueberschuß. Diese sollen als Grundlage zu einem Fonds für eine etwaige spätere elektrische Anlage dienen. Ein Antrag der städtischen Arbeiter um Erhöhung des Tagelohns wurde abgelehnt. Natürlich: die Lebensverhältnisse sind ja jetzt auch so „billig“, daß sich eine Lohnsteigerung „erübrigt“. Sollten die dortigen Kollegen nicht dadurch einsehen, daß es höchste Zeit ist, sich zu organisieren?

• Aus den Gemeinden •

Groß-Berliner Notstandsaktionen. In Berlin und seinen zahlreichen Nachbargemeinden hat die seit dem Spätsommer dieses Jahres aktuelle Frage der Lebensmittellieferung die Gemeindeverwaltungen sehr verdrüssig gemacht. Wo der Liberalismus das Regiment führt, wie in der Reichshauptstadt, fand man es am bequemsten, sich mit Medien gegen die Reichspolizei zu begnügen und vor der bekanntlich nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch vom Ministerium empfohlenen direkten Aktion der kommunalen Lebensmittellieferung angstvoll zurückzuziehen. War diese Neuerung doch ein Eingriff in die heutige Wandelschelle. In Berlin kam es denn auch nur zu einer Notstandsaussage an die städtischen Beamten und Arbeiter, während man anderswo, so in der reichen Stadt Wilmersdorf, sich selbst hierzu nicht verheißt wollte und die Hände völlig in den Taschen liegen ließ. Immerhin blieben etliche Berliner Vorortgemeinden der Feuerung gegenüber nicht ganz müßig und es ist bezeichnend genug, daß

können, da der Raum weiteres nicht zuläßt, so mögen unsere Kollegen gerade daraus den Anreiz nehmen, sich in dieses Buch mit Aufmerksamkeit zu vertiefen und all denen ein Licht aufzustecken, die noch in den Banden alter Tradition dahintröten und nicht begriffen haben: Wir leben in einer neuen Zeit des Erwachens und Erkennens der Massen. Und wir wollen uns nicht länger ängeln und bedrücken lassen. Für uns und unsere Kinder fordern wir freie Entwicklungsmöglichkeiten, damit ein freies Menschen Geschlecht erstehen auf freiem Grunde und mit hehren Zielen. F. D.

Im tiefsten Morgengrauen verläßt der Fabrikproletarier sein Bett und seine Behausung. Sein Arbeitstag beginnt sehr früh. „Zwischen schlafenden Kindern beim Schein der Fackel hat er sich notdürftig angekleidet, dann rasch einen Schluck Kaffee hinuntergestürzt, auch das vielleicht nicht einmal, nun eilt er dem riesigen Moloch, der Fabrik, in die Arme, deren schriller Pfiff um 6 Uhr verkündet, daß nun das Einzelleben der Insassen für 11 oder 12 Stunden aufgehört, daß die Herrschaft des Kapitals über Leib und Seele für diesen Tag wieder begonnen hat.“ Der ganze lange Arbeitstag hält ihn von den Seinen fern. Kaum, daß er zu Mittag ein kurzes, flüchtiges Beisammensein mit ihnen erlangen und erheben kann. In zahllosen Fällen bekommt er auch da Weib und Kinder nicht zu Gesicht. In der Kantine, im Maschinenraum, in der Baubude oder in einem Schuppen wird Mittag gemacht, oft genug muß er auf einer Frauenadambank, einem Haufen Spähne oder der blanken Erde sein armütziges Mahl zu sich nehmen. Die dicke Suppe im Blechtopf, ein Stück Brot, ein Resten Wurst, ein Schluck Kaffee oder Bier. Dann ein Viertelstündchen Schlaf. Die Fabrikpfeife ruft. Nun wieder Arbeit bis der Abend kommt. Endlich um sechs, sieben, acht Uhr Feierabend. Todmüde, wie gerädert und zerklüftet, schleppt sich der enttrocknete Körper der Behausung zu. Die Kinder sind längst zu Bett; wie sie den Tag verbracht, — wer sollte sich jetzt noch darüber den Kopf zerbrechen? Von seiner Arbeit haben sie nichts ge-

gerade in ärmeren Orten, wo naturgemäß die Sozialdemokratie einen Einfluß ausübt, das Fortschrittswesen rege wird. In Pommern, dem bekannten Weibdorf, wurden mit gutem Erfolg Zerkasse und Kartoffeln von Gemeinde wegen verkauft; zehn Waggonsladungen guter Speisekartoffeln, die zum Preise von 3,40 Mark den Zentner abgegeben wurden, reichten nicht für den Bedarf. Auch die Gemeinde Raderbühlhausen führte den Kartoffelverkauf ein, desgleichen die Gemeinden Friedrischshagen, Mariendorf, Vantwig und Weiskow, die zum Teil auch den Verkauf von Getreide einrichteten. Vielfach waren allerdings auch die von Gemeinde wegen zum Verkauf abgedachten Waren weder in Bezug auf die Qualität noch auf den Preis den in leistungsfähigen Privatgeschäften feilgebotenen überlegen. Handelt es sich hier also erst um Anfänge, die noch sehr verbesserungsbedürftig sind, so ist doch das Wesentliche an der Sache, daß die Kommunen durch die Not zur Erweiterung ihres Wirkungsbereiches in einer Richtung veranlaßt worden sind, die vor kurzem noch als erster Schritt in den Zukunftsstaat schauernd zurückgewiesen worden wäre.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. Die Schulbeizer, die in den Gemeindefunkeln während der Heizungsperiode in den Wintermonaten beschäftigt werden, sind von jeher als Stiefkinder behandelt worden. Wenn die Heizungsperiode vorüber ist, werden sie entlassen. Für die Sommermonate finden sie alsdann in anderen städtischen Betrieben unterkommen, z. B. in der Parkverwaltung, auf Steinplätzen usw. Beginn der Heizungsperiode, so müssen sie in diesen Betrieben ihre Entlassung nehmen. Ein ständiges Arbeitsverhältnis besteht somit nicht. Dadurch werden die Schulbeizer von manchen Vergünstigungen ausgeschlossen, u. a. auch von der Gewährung der Sommerferien. Bei einigermaßen gutem Willen des Magistrats könnte hier eine Heberweisung von einem Betrieb nach dem anderen erfolgen, damit die gesamte Arbeitszeit in Anrechnung kommt. Die Lohnverhältnisse lassen sich ebenfalls zu wünschigen übergreifen. Hier besteht auch noch die vierzehntägige Lohnzahlung. Mürzich ist nun eine Regelung des Lohnabtrages durch den Magistrat erfolgt. An die Schulbeizer ist dabei nicht gedacht worden. Während der jetzigen Periode ist von der hier zuständigen Verwaltung eine Verschlechterung herausgekommen. Früher wurde am 2. und 16. eines jeden Monats die Lohnzahlung vorgenommen. Jetzt ist diese noch weiter in den Monat hineingezogen worden, und zwar auf den 1. und 15. jedes Monats. Dadurch hat sich eine große Erregung unter den Schulbeizern bemächtigt. Diese Neueinführung hat besonders für die Schulbeizer, die keine freie Wohnung haben, den Nachteil, daß sie erst am 1. resp. 15. des Monats die Wohnungsmiete bezahlen können. Solche Mietgäbter sind den Hauswirten nicht angenehm. Da für die Schulbeizer keine Vertretung, wie solche durch die Arbeiterausschüsse in anderen Betrieben besteht, vor-

sehen; er selbst hat alle Berrichtungen nur mechanisch, ohne innere Anteilnahme und Freude vollbracht. Wie er leer und kalt dabei blieb, konnte er keine belebende Wärme, keine erzieherischen Einflüsse auf sie überströmen lassen. Zudem hat die öde und schwere Körperarbeit auch die Gedanken träge gemacht. Ist das schmale Abendbrot verzehrt, bringt vielleicht ein Pfeifen noch Genuß. Der organisierte und aufgeklärte Arbeiter liest noch seine Zeitung, lestener ein Buch, vorausgesetzt, daß allein die Stadt bei vorfindigsten Annahmen jährlich mit mindestens 250.000 Mk. an Ausgaben für den Alkoholkonsum erzeugt Krankheiten und Gebrechen belastet ist. Auch der Zusammenhang zwischen dem Geist und Körper degenerierenden Folgezustand und der Prostitution ist hier unklar zu erkennen. Nirgends im preussischen Staat sind die Animerknipen so verbreitet, nirgends zeigt sich die Prostitution so offen und schamlos wie in Posen und Westpreußen. Selbst kleinere Städte können sich der großstädtischen Freudenhäuser rühmen, obwohl Arm und Elend in diesem Landstrich überall zu Hause sind. Ein sehr beträchtlicher Teil der Prostituierten in den deutschen Großstädten stammt, wenn nicht aus den frommen Städten des Rheinlands (Köln, Aachen, M. Gladbach), so aus den genannten Provinzen.

Die Domäne der Schnapspest sind die östlichen Provinzen, die Hauptstiege des Junkertums. Es ist statistisch nachgewiesen, daß in keinem andern Gebietsteile des Reiches der Alkohol so stark das Volksleben beeinflusst wie im Osten, speziell in Posen. Der Magistrat der Stadt Posen hat berechnet, daß allein die Stadt bei vorfindigsten Annahmen jährlich mit mindestens 250.000 Mk. an Ausgaben für den Alkoholkonsum erzeugt Krankheiten und Gebrechen belastet ist. Auch der Zusammenhang zwischen dem Geist und Körper degenerierenden Folgezustand und der Prostitution ist hier unklar zu erkennen. Nirgends im preussischen Staat sind die Animerknipen so verbreitet, nirgends zeigt sich die Prostitution so offen und schamlos wie in Posen und Westpreußen. Selbst kleinere Städte können sich der großstädtischen Freudenhäuser rühmen, obwohl Arm und Elend in diesem Landstrich überall zu Hause sind. Ein sehr beträchtlicher Teil der Prostituierten in den deutschen Großstädten stammt, wenn nicht aus den frommen Städten des Rheinlands (Köln, Aachen, M. Gladbach), so aus den genannten Provinzen.

Nächst dem Alkoholismus kommt in den ländlichen, besonders den ostelbischen Gebieten eine gewisse soziale Tradition der Prostitution zu stehen. Die absolute Anziehung des Landvolkes unter die Launen und Lüfte der Herrenklasse hat seit Jahrhunderten die Frauen

handen ist, so stehen sie den ganzen Dingen machtlos gegenüber. An dem Magistrat liegt es, für die Schulheizer in den angezogenen Punkten eine Regelung vorzunehmen.

Görlitz. Väterlichkeit tötet nicht. Das ist ein Glück für den Magistrat dieser Stadt. Er hat jetzt wieder einmal eine Verordnung erlassen, die geradezu den Gipfel der Väterlichkeit überschreitet. Um seinem väterlichen Wohlwollen für die städtischen Arbeiter Ausdruck zu geben und der Feinerung zu begegnen, will er den städtischen Arbeitern Weihnachtsgeschenke gewähren. Aber fragt man nicht, wie? Es können nämlich die Arbeiter mit mindestens 10-jähriger Dienstzeit — unter dem gibt's nichts — ein einmaliges Geschenk von ganzen 15 Reichsmark erhalten. Wer fünfzehn Jahre da ist und zum „Stadtarbeiter“ ernannt wurde — wie viele dies sind, entzieht sich leider unserer Kenntnis —, soll jährlich 30 Mk. erhalten. Dann steigen diese Geschenke von fünf zu fünf Jahren, bis bei fünfzigjähriger Dienstzeit fünfzig Mark gewährt werden können. Wohlgerichtet, können denn ein Anrecht auf die Auszahlung dieser Geschenke haben die Arbeiter nicht, es ist dies vielmehr eine völlig freiwillige Gabe der Stadtverwaltung. Daß nebenbei noch tadellose Führung innerhalb wie auch außerhalb des Dienstes verlangt wird, verheißt sich wohl nach alledem von selbst! Und da sage noch einer, der Görlitzer Magistrat wäre feindselig! Mit diesen Wohlthaten will sich der Magistrat um eine Lohnverbesserung herumdrücken. Und es war ausgerechnet der Oberbürgermeister selbst, der bei der Beratung der Feinerungsanträge im Stadtverordnetenkollegium sagte, daß sich die Arbeiter mehr einschränken müßten. Nun, der gute Mann soll es einmal einem Straßenteiler mit 27 Pf. Stundenlohn und bei der gegenwärtigen 8½-jährigen Arbeitszeit vormachen, wie man sich noch mehr einschränken kann! Aber die Stadt hat noch etwas getan. Sie liefert den städtischen Arbeitern Kartoffeln zum Selbstkostenpreis. Diese Kartoffeln sind von solch herzerregender Güte, daß sie die von dem vielen Kleingeld zum Verdiensten Arbeiter nicht zu essen vermögen. Sie haben sie im gefochten Zustand dem Magistrat wieder zur Verfügung gestellt! Aber freilich, so lange die Organisation nicht weit stärker wird, da kann es sich der Magistrat erlauben, die Arbeiter in dieser Weise zu verhöhnen!

Kalle a. Z. Am 18. November fand in der „Goldenen Mitte“ die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Zunächst gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal: Einnahme 1625,38 Mk., Ausgabe der Filiale 358,04 Mk., an die Hauptkasse 815,15 Mk., bleibt Bestand 451,19 Mk. und zwar Filialkasse 88,80 Mk., Unterstützungskasse 362,30 Mk., für den Vorkurs 73, — Mk. Die Abrechnung vom Stützungszeit ergab Einnahme 63,45 Mk., Ausgabe 82,30 Mk., Defizit 18,85 Mk. Hieran gibt der Vorsitzende den Bericht über die Gewerkschaftskonferenz betreffend Grenzstreitigkeiten. Es wurde folgende Abmachung beschlossen, 1. Jede Gewerkschaft darf nur Mitglieder in den Betrieben oder Betriebsabteilungen aufnehmen, für welche die betreffende Organisation zuständig ist. 2. Jedes Mitglied einer Gewerkschaft,

welches in einem Betriebe oder einer Betriebsabteilung beschäftigt wird, für welche keine Organisation nicht zuständig ist, ist verpflichtet, sich der zuständigen Organisation zu unterziehen. Jede Organisation ist verpflichtet, den Nebertritt auf Verlangen der zuständigen Organisation innerhalb vier Wochen zu ermöglichen. 3. Nebertritte von einer Organisation zu anderen dürfen nur dann erfolgen, wenn das Mitgliedsbuch den Vermerk über Nebertritt gemäß; erfolgte Abmeldung aus der bisherigen Organisation enthält. So lange das Mitglied einer Gewerkschaft in einem Betriebe tätig ist, für den seine bisherige Organisation zuständig ist, darf es in einer anderen Organisation nicht aufgenommen werden. 4. Zwischen einzelnen Organisationen Martellverträge oder sonstige Vereinbarungen auf zentraler Grundlage, so sind diese zu respektieren. Bei der Beschlußfassung ergibt sich, daß sämtliche Anwesenden, mit Ausnahme des Genossen Müllers vom Fabrikarbeiterverband, welcher eine bindende Erklärung nicht abgeben kann, dafür stimmen. Weiter gab der Vorsitzende noch bekannt, daß folgende Resolution dem Magistrat unterbreitet wurde. Wir, die städtischen Arbeiter und Handwerker aller Betriebe, erlauben uns, die städtischen Kollegien eindringlich darauf hinzuweisen, daß es uns mit den jetzt bestehenden Lebensbedingungen nicht mehr möglich ist, den Lebensunterhalt für uns und unsere Familien zu bestreiten. In Rücksicht auf die durch den Winter notwendig werdenden Mehrausgaben und des durch die Verkürzung der Arbeitszeit eintretenden Minderverdienstes, und in weiterer Verdrückung der sich noch immer mehr verschärfenden Feinerung aller Lebens- und Bedarfsartikel, ist es eine unumgängliche Pflicht der städtischen Verwaltung hier schleunigst tätig einzugreifen. Wir bitten deshalb die städtischen Kollegien, so bald wie möglich eine generelle Erhöhung der Löhne aller städtischen Arbeiter und Handwerker eintreten zu lassen. Sollte eine sofortige allgemeine Erhöhung der Löhne aus Etatsrechtlichen Gründen nicht angängig sein, so erwarten wir, daß bis zur Durchführung der Lohnerhöhung dem bestehenden Stande durch eine sofortige allgemeine Gewährung von Ausbehalten die Feinerungszu Lage abgewendet wird. — Eine weiterhin angenommene Resolution lautet: „Die Versammelten haben die Erkenntnis, daß ihre mäßigen Lohn und Arbeitsverhältnisse im wesentlichen auf die noch immer ungenügende Organisationszugehörigkeit der städtischen Arbeiter zurückzuführen ist. Die Versammelten haben die Gewißheit, daß diesen schlechten wirtschaftlichen Zuständen nur abgeholfen werden kann, wenn alle städtischen Arbeiter in einer einheitlich förmigen Organisation zusammengefaßt sind. Sie fordern deshalb alle in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Handwerker auf, unweigerlich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutreten. Die noch in kleineren Gruppen anderen Organisationen angehörenden Kollegien werden ersucht, ihren Nebertritt in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter baldigst zu vollziehen.“ Ferner gibt noch ein Kollege ein Bild, wie es in der städtischen Straßenreinigung besäßen ist. So werden die Kollegien, welche über Gehaltsarbeiten lassen es ist ausgerechnet, daß sie

und Töchter der Bürger und Kleinbauern zu gefügigen Lustobjekten der „gnädigen Herren“ herabgewürdigt. Die sozial ethische Sphäre, die das jus primae noctis (Recht der ersten Nacht) zeitigte, übt noch immer einen unheilvollen Einfluß auf die Geschlechter aus. Nigends, schreibt Hefsen in seinem Buche über die Prostitution in Deutschland, ist die prinzipielle Käuflichkeit des Frauenleibes der Prostitution so weit entgegengekommen, wie in den östlichen Provinzen Preußens, und nirgends haben sich die verwöhnten Triebe der sogenannten Oberklasse derart gewissenlos und brutal zur Erniedrigung ihrer Opfer ausleben dürfen. Die Roheit des Tones bei einem großen Teil dieser armen Mädchen ist nichts als das Echo der Roheit, mit der ihnen von Seiten ihrer Käufer gewohnheitsmäßig begegnet worden ist. Hierzu kommen die skandalösen Wohnungsverhältnisse, unter denen das Landproletariat im Osten vegetiert. In elenden Baracken werden Schnitter, Sachsengänger, Rübenleute usw. untergebracht, Anechte schlafen in Ställe zwischen dem Vieh, Männer und Weiber, junge Burschen und kaum der Schule entwachsene Mädchen, sogar Schulkinder liegen in einem Raume neben oder übereinander, sind Ohrenzeugen gröblicher Schmutzereien und oft genug Augenzeugen sexueller Vorgänge. Sie atmen die schreckliche Stinkluft dieser Unmoral nicht ohne die schließliche Folge einer meist unheilbaren seelischen Vergiftung.

Bei der jugendlichen Fabrikarbeiterin sind es andere Momente, die sie der Prostitution in die Arme führen. Zunächst der meist erschreckend niedrige Lohn, der oft nicht ausreicht, auch nur die aller nötigsten Mittel zum Leben zu beschaffen. Was soll ein Mädchen mit 3, 4, 6 oder auch 8 Mk. die Woche beginnen? Da bleibt nur die Preisgabe des Körpers übrig — ein Ausweg, auf den es nicht selten von gemütsrohen und frivolen Chefs verfallen wird. Sodann fehlt der Fabrikproletarierin fast immer das Heim, das eigene Zimmer. Sie ist Schlafmädchen und hat außer der Nacht nicht einmal Anspruch auf das Bett; in ihm ruht sich vielleicht Tags ein Nachtschlichter aus, oder der Kamm, in dem es steht, ist Wert statt, Küche, Kinderstube oder dergleichen. So ist sie nach des Tages Last und Mühe gezwungen, sich noch ein paar Stunden

herumzutreiben. Findet sie einen Liebhaber, so bringt sie ihn gelegentlich mit nach Hause, um dort mit ihm zu verkehren, ungeniert, vor den Augen der Mitbewohner und kleinen Kinder. Der Zwang, täglich die intimsten Dinge vor aller Augen zu verrichten, hat sie aller Scham entkleidet. In der Fabrik wechselt sie im Beisein der Männer und jungen Burschen ihre Kleider und legt das Korsett ab.

In Fürsorgemäßhandlung: Laßt alle Hoffnung hinter Euch! Da atmet kein Hauch hilfreicher Zuneigung, da taucht kein Segen milder Vergebung und Veröhnung auf Fehlschritte und Irrwege hernieder, da weht kein froher Pulsschlag erneuter Kraft zur Hoffnung und zum Vertrauen in den endlichen Sieg des ernstlichen Willens. Diese „Fürsorge“ hat mit Pestalozzi's Geist und Güte nichts gemein. In der Uniform des Aufsehers und Büttels schreitet sie einher: mit Klüden und rohen Worten treibt sie auf Feldern und in düstern Werkstätten zur Arbeit an; auf tablen Höfen mit Glascherben auf den Mauern oder in den Gefallen mit Gittern und Stacheln zum vierten Stock mahlet sie hart und lieblos ihres Amtes. . . . Dunkle Körper . . . Gummischläuche . . . die neuschwänzige Kasse und der Prügelfisch . . . Wasser und Brot und dazu das Bibelbuch. Dieses elke Gemisch von plärrender Gottseligkeit und tieferster Herzensroheit, selbstgerechter Frömmerei und perverster Brutalität, knute und Haltetuja — diese widerliche Frucht eines Systems, das eine einzige große Verfündigung am Recht des Kindes verübt, ist es, was sich — von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — heute bei uns Fürsorgeziehung nennt.

Ich finde und habe immer gefunden, daß sich ein Buch gerade vorzugsweise zu einem Geschenk eignet. Man liest es oft, man lehrte oft dazu zurück; man naht sich ihm, aber nur in ausgewählten Momenten, braucht es nicht wie eine Tasse, ein Glas, einen Hausrat, so in jedem gleichgültigen Moment des Lebens, und erinnert sich so immer des Freunde im Augenblick eines würdigen Genusses.

Wilhelm von Humboldt.

täglich beim Nehren 48 Kilometer laufen müssen), in der 3. Kolonne von dem Aufseher mit zoologischen Ausdrücken tituliert, auch in der 2. Kolonne sollen solche Zustände herrschen, darum muß, wenn Abhilfe geschaffen werden soll, auch jeder Kollege es als seine Pflicht erachten, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sich anzuschließen. Es wurden dann den ausgesperrten Tabakarbeitern noch 40 M. und einer erkrankten Kollegin 6 M. bewilligt. Die Versammlung schloß mit der Aufforderung, fleißig auf das Volksblatt zu abonnieren.

Hamburg. Der „Courier“ wußte zu unserer Rückführung in Nr. 41 der „Gewerkschaft“ nichts zu erwidern. Jetzt wagt er seinen Lesern gar folgendes vorzusetzen: „Die Verbesserung der Arbeits- und Anstellungsbedingungen der hamburgischen Staatsarbeiter ist das Merkmal der Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürgergenossenschaft.“ Darüber werden unsere Genossen in der Bürgergenossenschaft zum Teil herzlich lachen, zum Teil aber verwundert fragen: „Sollte der „Courier“ denn wirklich der Mann im Mond sein?“ Der „Courier“ behauptet nämlich, unser Verband hätte aus eigener Kraft noch niemals für hamburgische Staatsarbeiter etwas durchgesetzt, und in diesem Zusammenhang stellt er folgende Fragen: „Oder ist die „Bewegung“ der Straßenreiniger schon verhasst? Ist der Zusammenbruch des Verbandes bei der Gasarbeiterbewegung schon ganz verdrängt?“ Darauf antworten wir: Der Transportarbeiterverband hat in Hamburg und Umgebung keine von ihm vertretene Arbeitergruppe aufzuweisen, die im letzten Jahrzehnt ihre Arbeitsbedingungen auch nur annähernd in dem Maße verbessert und sich selbst als Organisation gefördert hat, wie beides die Straßenreiniger und Gasarbeiter von sich mit Recht behaupten können. In Hamburg sind die Straßenreiniger mit 80 und die Gasarbeiter mit 91 Proz. organisiert. Alle auf die Bewegung der Straßenreiniger und der Gasarbeiter bezüglichen Tatsachen sind aus amtlichen Verichten sowie ferner aus der „Gewerkschaft“ und unseren Jahrbüchern ersichtlich. Und diese Tatsachen beweisen, daß der „Courier“ nichts wissen will — eine Umschreibung für das Gelegenheitsgeschwätz des „Courier“. Wir wollen uns für diesmal noch mit dieser Feinlichkeit begnügen und die infame und haltlose Schwärzerei des „Courier“ und seiner Hamburger Hintermänner niedriger hängen. Doch mögen sich die „Leute im Mond“ gefast sein lassen, daß wir ihnen das Gedächtnis z. B. bezüglich ihrer Straßenbahner-Bewegung“ sehr wohl hängen können. Hier in Hamburg gefällt uns der Transportarbeiterverband am besten in seiner „Bewegung“ der „Hausdiener vor der Tür“.

Hamburg. Die Schlachthofdeputation hat den Einstellungslohn (Wochenlohn) für Arbeiter von 23 M. auf 24 M. erhöht. Die Deputation hat die Stadtwaasserkunst und die Baudeputation (Sektion I) haben beauftragt, daß vom 20. d. M. ab in ihrem Wirkungskreis der Mindestlohn für Arbeiter 4 M. pro Tag beträgt. Dieser Lohn soll auch bei der zurzeit kurzen Arbeitszeit, täglich 7½ Stunden, gezahlt werden. — Weiter haben die Behörden nichts darüber in ihren Bekanntmachungen bemerkt, daß und um wieviel der Lohn für Hilfsarbeiter von Unternehmern gestiegen ist, erhöht werden soll. Diese Arbeiter erhielten bisher den niedrigsten Lohn der von den Organen der Behörden eingesetzten ungelerten Arbeiter, nämlich 3,60 M. pro Tag. Und bei der jetzt beginnenden fürchten Arbeitszeit im Winter, zehn Wochen lang, wird den Hilfsarbeitern der Tagelohn noch um 30 Pf., also bis auf 3,90 M., gehurt. Soll dies vielleicht auch im gegenwärtigen Winter geschehen? — Die Deputation für Handel und Schifffahrt beauftragt am Staatsrat zwei Kategorien von Hilfsarbeitern gegen einen Tagelohn von 3,60 M. bezw. 3,90 M. Sollen nun diese Lohnsätze jetzt nicht erhöht werden? Der Arbeiterausschuß der Maiverwaltung hat bereits in seiner Sitzung im Juli und dann wieder in der Sitzung am 26. Oktober d. J. beantragt, den Mindestlohn für Hilfsarbeiter auf 4 M. pro Tag zu erhöhen. Den im Juli gestellten Antrag hat Maidirektor Winter der vorgesetzten Behörde, die doch nur allein über generelle Veränderungen der Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu beschließen hat, nicht vorgelegt! Darüber in der Arbeiterausschussung am 26. Oktober interpelliert, gab er die Antwort: „Ich habe den Antrag nicht an die Deputation für Handel und Schifffahrt weitergeleitet. Denn als Beamter habe ich die Pflicht, die Behörde vor zu viel Arbeit zu bewahren!“ (Derr Winter hätte die Antwort erhalten müssen, ob er wohl erst wieder für ein „Gutachten“ einige tausend „Gmunden“ bekommen habe. D. W. Die Senatskommission für Staatsangelegenheiten hat schon am 7. Juli d. J. beschließen, den Einstellungslohn für ungelerte Staatsarbeiter im Schlachthof auf 1 M. pro Tag betragen. Will also nicht auch die Deputation für Handel und Schifffahrt den Mindestlohn für Arbeiter auf 4 M. pro Tag erhöhen? Ein solches Einkommen eines volkswirtschaftlichen Arbeiters ist doch wirklich immerhin noch niedrig genug.

Löbau. Den unermüdlichen und zuletzt enerzischen Bemühungen unserer Kollegen ist es endlich gelungen, eine Lohnhöhung durchzusetzen. Die letzte Einsache war ziemlich deutlich gehalten und sie hat ja auch den wohlhabenden Stadtrat verschmeißt, indem bei der Beratung der Anträge gesagt wurde, die Erhaltung wäre in ungehöriger Weise vorgegangen. Daß wir aber erst drei-

mal mahnen mußten, um überhaupt eine Antwort zu erhalten, hat man schämig verschwiegen. Die Lohnhöhung ist recht unterschiedlich gewährt worden. Die Zulagen schwanken von 10 bis zu 40 Pf. pro Tag, wobei wir aber nicht verkennen wollen, daß nunmehr eine größere Gleichheit der Löhne besteht. Freilich einige Arbeiter und gerade die älteren haben nur 1 Pf. pro Stunde erhalten. Das ist bedauerlich, läßt sich aber zunächst nicht mehr ändern. Auch erstreckt sich die Lohnhöhung nur auf das Gaswerk, während die übrigen städtischen Arbeiter bisher noch nichts erhalten haben. Vielmehr ist eine Verschlechterung ihrer Verhältnisse infolge eingetreten, daß man die Arbeitszeit jetzt verkürzt hat. Das bedauern wir. Wir müssen aber auch an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, daß die Arbeiter sich bisher noch nicht um die Organisation gekümmert haben, obgleich es an Bemühungen unsererseits wahrlich nicht gefehlt hat. Die meisten dieser Kollegen glaubten eben bisher, daß sie ohne Organisation auch auskommen könnten. Wie aber die bisherige Erfahrung lehrt, ist das nicht der Fall. Es wird auch ihnen nichts weiter übrig bleiben, als sich bis auf den letzten Mann dem Gemeindearbeiterverbande anzuschließen, dann wird auch eine Verbesserung ihrer Verhältnisse möglich sein. Es ist und bleibt Tatsache, daß ohne Organisation nichts zu erzielen ist. Leute allerdings, die ihr bisheriges Verhältniß im Alkohol ersäuft haben — und deren gibt es zu unserm größten Bedauern noch verschiedene unter den Arbeiter —, die können diese Wahrheit nicht verstehen. Den übrigen aber möchten wir doch dringend raten, sich zu organisieren, damit auch sie vorwärts kommen.

Magdeburg. Am 18. d. M. fand bei Lichteck eine Mitglieder-versammlung statt. Das Andenken des verstorbenen Kollegen W. Süttenrauch wurde gelehrt. Kollege Meister teilte mit, daß die Unteroffiziere die Befehle der Protokolle der Gasarbeiter und des Krankenpflegepersonals entgegennehmen. Zur Unterstützung der ausgesperrten Tabakarbeiter wurden als erste Male 30 M. bewilligt. Mit großem Beifall wurden die Ausführungen des Kollegen Strunk über die Reichstagswahlen aufgenommen. Kollege Stierwald sprach über die Bedeutung der Presse. Auch der städtische Arbeiter müsse die „Volksstimme“ lesen. Die Zahlungsabstimmung des jetzigen Reichstagsabg. Hobelt zur Reichsversicherungsordnung zeitige keine Stimme solchem Kandidaten. Kollege Meißter gab den Bericht von dem Besuch der Phagene-Ausstellung in Dresden. Mit großer Mehrheit wurde § 9 des Ortsstatuts wie folgt abgeändert: „In der Regel finden allmonatlich Mitgliederversammlungen statt, jedoch sollen, wenn es notwendig ist, in den einzelnen Stadtteilen Bezirksversammlungen zur Agitation stattfinden.“ Kollege Strunk richtete einen Appell an die Versammlung, mitzuhelfen zur Stärkung der Organisation.

Magdeburg. Die immer mehr den Ausweg gehenden Sirix-Dunderschen Gewerkschaften haben sich ja wiederholt Schmeicheleien geleistet. Einen neuen Beweis ihrer Konfusionspolitik erbringen wieder recht deutlich die Minder des „Vereins der Magistratsarbeiter“ in Magdeburg. Da ist Herr St. Wolff, seines Lebens praktischer Arzt und freimütiger Stadtvorstand. Nach ihm scheint überhaupt kein Notstand. Seine Anträge im gemischten Ausschuss zur Verlegung von Maßnahmen gegen die Teuerung zeigen den Weg, wohin der Weg führt. Danach soll der Ausschuss alle zwei Wochen zusammentreten! Er billigt die Absicht der Armendirektion bezüglich der Lieferung von Suppe und Kohlen. (Wie nett!) Bei Armengeldunterstützung soll gründlich geprüft werden, ob infolge der Teuerung nicht der Geldbetrag erhöht werden muß. Dann soll weiter geprüft (!) werden, ob und für welche Zeit den städtischen Arbeitern, Lehrern, mittleren und unteren Beamten unter Berücksichtigung der Angehörigen — selbst nur noch, daß gesagt wird, durch die Armendirektion — gewährt — werden kann! Die zweideutige Haltung Wolffs wurde auch in der Versammlung der Unterbeamten vom 19. November, die sich auch mit der Frage zur Ergründung von Maßnahmen gegen die Teuerung befaßte, eingehend gewürdigt. Zur Erhebungen und Erwägungen sind diese „freimütigen“ Herren wohl zu haben, nicht aber für positive Arbeit, denn sonst könnten sie unmöglich die Anträge der Sozialdemokraten im Stadtparlament auf Gewährung einer Teuerungszulage an die städtischen Angestellten und Arbeiter abgelehnt haben. Selbst der Zentralrat der S. D. Gewerkschaften hatte doch beschlossen, daß unverzüglich an die Reichsregierung das Ersuchen gestellt werden soll, notwendige Maßnahmen zur Verbilligung der notwendigen Lebensmittel zu ergreifen. Auch die S. D. Magistratsarbeiter sind anderer Meinung! Denn im „Mitteldeutschen Kurier“ wird in einem Vernehmungsbericht gesagt, daß der Antrag an den Magistrat auf Gewährung einer Teuerungszulage eine gar lebhaft Diskussion ausgelöst hat. Diese Versammlung „gab der Stimmung Ausdruck, daß der Magistrat sein Wohlwollen nicht verbergen mege“. — Können und dürfen —! Wenn nun die Magistratsarbeiter nicht bald zu der Heberzeugung kommen, daß im Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen Interessen niemals gewahrt werden können, dann ist ihnen nicht zu helfen. Sollte die Verhandlung der Teuerungszulage nicht doch mandem die Augen öffnen? Jeder Arbeiter wird es sich daher doppelt überlegen

müssen, ob er weiterhin den Gewerbevereinen noch die Gefolgschaft wahren will. Zum Schluß seien die bisher seitens der Stadtverwaltungen getroffenen Maßnahmen angeführt, damit sich Herr Wolff als Mitglied der Feuerungskommission darüber recht genau informieren kann. Lohnerhöhungen für die städtischen Arbeiter haben seit dem 1. Juli d. r. u. a. stattgefunden in Albersleben, Aunsburg, Altona, Vornburg, Bremen, Flörsheim, Frankfurt a. M., Hamburg, Königsberg i. Pr., Mülhausen, Stettin, Steglitz, Zehlendorf, Schillingheim bei Straßburg, Schweinfurt, Saargemünd. Feuerungszulagen an städtische Arbeiter wurden u. a. bewilligt in Breslau, Dresden, Lübeck, Nürnberg, Essen, Mirdorf, Frankfurt a. Main, Berlin, Erfurt, Jülich, Danau, Mülheim, Essenbach, Gotha, Waldenburg i. Schleif., Schwabach, Rostock. Ferner wurden noch in staatlichen und sonstigen öffentlichen Betrieben Feuerungszulagen gewährt, so bei der Eisenbahnverwaltung Berlin, der sächsischen Staatseisenbahnverwaltung, den Staatswerken, der Hochbahn-Gesellschaft in Berlin und der Bremer Straßenbahngesellschaft. Neben die Einzelheiten wollen wir Herrn Wolff gern informieren; ob es aber etwas nützt, ist billig zu bezweifeln.

Mainz. In der gutbesuchten Versammlung am 19. November referierte Privatdozent Dr. Schapiro unter großem Beifall über: „Die Zukunft der Menschheit.“ Alsdann wurde auf die kommenden Reichstagswahlen aufmerksam gemacht und der Wunsch ausgesprochen, daß sich sämtliche Kollegen an der Wahlarbeit beteiligen sollen. Die Arbeiterauschussvorsitzenden erläuterten alsdann Bericht über die Zulagen für die gelernten Arbeiter. So viel zu erfahren war, brauchen sich die Handwerker nicht großen Illusionen hingeben, denn die Bürgermeisterei sowie die schwarzblaue Mehrheit im Stadtparlament hat nichts für die Arbeiter übrig. Wann wird der Oberbürgermeister endlich in die Fußstapfen Dr. Gekners treten? Er hat's doch seit Beginn seiner Tätigkeit gewollt!

Essenbach a. M. In der am 17. November abgehaltenen öffentlichen Gemeindefestversammlung referierte Kollege Marole über: „Die gegenwärtige Feuerung und die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung über die Gewährung einer Feuerungszulage.“ Er führte u. a. aus: Die Löhne haben mit der Preisteigerung bei weitem nicht Schritt gehalten. Da kann man mit voller Verachtung an die Stadtverwaltung um Lohnerhöhung herantreten. Die Feuerungszulage könnte in Essenbach anders ausgefallen sein. Unsere Eingabe haben wir im Dezember v. J. eingereicht. Aber bloß, weil jetzt eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden ist, wurde die Eingabe noch nicht erledigt. Die betreffenden Herren, welchen unsere Anträge zur Bearbeitung überwiesen wurden, haben die Sache unnötigerweise in die Länge gezogen. Sie hätten von uns ausgezeichnetes Material erhalten können, wenn solches gewünscht worden wäre. Die Feuerungszulage von einmal 25 Mk. nebst 10 Proz. Zuschlag für Kinder unter 16 Jahren ist viel zu gering. Zum mindesten hätte man den Arbeitern das gleiche wie den Beamten, die 75 Mk. nebst 10 Proz. für jedes Kind, gewähren sollen. In der Diskussion kam die Unzufriedenheit mit der niedrigen Feuerungszulage und der Verschleppung unserer Eingabe allgemein zum Ausdruck. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen. Mit der Aufforderung an die Unorganisierten, dem Verbands beizutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Rostock. Zu einem imposanten Protest gestaltete sich die am 26. November tagende Versammlung der städtischen Arbeiter. Anlaß hierzu bot die vom Rat bei der Bewilligung von Feuerungszulagen beliebige Methode. In der letzten Bürgervertreterversammlung vom Rat eine Vorlage eingebracht, die eine Regelung der Gehälter der städtischen Beamten ab 1. April 1912 vornahm. Da jedoch eine sofortige Erledigung nicht zu erwarten stand, so wurde vom Magistrat beantragt, in Anbetracht der schwierigen pecuniären Lage allen städtischen Beamten, die ein Gehalt bis zu 1800 Mk. beziehen und verheiratet sind oder für Kinder zu sorgen haben, eine sofort zahlbare, einmalige Feuerungszulage von 100 Mk. zu bewilligen. In nichtöffentlicher Sitzung hat man dann auch diese Feuerungszulage, deren 215 Beamten teilhaftig werden, angenommen. Die Anregung der sozialdemokratischen Vertreter, den städtischen Arbeitern ebenfalls eine gleiche Feuerungszulage zu gewähren, wurde als Wunschäußerung der Bürgervertreter dem Rat übermittelt. War schon das Vorgehen des Rates bei der Beratung im Plenum der Bürgervertretung deshalb ein eigenartiges Gebaren, als man den Antragstellern vorwarf, sie hätten bei den städtischen Arbeitern Forderungen erweckt, die wahrscheinlich nicht befriedigt werden könnten, so ließ die weitere Behandlung dieser Angelegenheit bei den Arbeitern den Eindruck aufkommen, als wenn man beabsichtige, die Sache weitmöglichst in die Länge zu ziehen. Dieser Auffassung verließ auch die Versammlung Ausdruck, die nach eingehender Behandlung der ganzen Frage durch den Kollegen Riedel-Perlin beendete, daß sie sich keineswegs mit dem vom Rat bekehrten Modus einverstanden erklärte. Eine Anzahl Bürgervertreter der bürgerlichen Parteien hatten sich eingefunden, von denen in der Diskussion auch Dr. Tobias das Wort ergriff und unter Anerkennung der Ausführungen des Referenten den städtischen Arbeitern befehlte, daß die Liberalen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für eine gleich hohe Feuerungszulage, wie sie den Beamten geworden,

eintreten wollten. Dem sozialdemokratischen Vertreter Genossen Aisch verblies es, noch darauf hinzuweisen, daß man, während man bei den Beamten sofort eine Bewilligung herbeiführte, jetzt erst wieder eingehende Erwägungen in die Wege geleitet hätte. Höchst interessant war die Feststellung, daß man in den Kreisen der bürgerlichen Parteien glaubte annehmen zu können, eine Feuerungszulage von 50 Mk. für die städtischen Arbeiter sei ausreichend. Nachdem im Schlußwort der Referent noch einige vom Herrn Dr. Tobias gemachte Ausführungen richtiggestellt, gelangten die Versammelten zu folgender Entscheidung: „Die heute, den 26. November, in der Warnowhalle zahlreich versammelten städtischen Arbeiter bedauern es auf das lebhafteste, daß der Rat bei Gewährung von Feuerungszulagen die städtischen Arbeiter gänzlich ausgeschaltet hat. Auch die städtischen Arbeiter sind eine dem gesamten Gemeinwesen dienende Kraft, die unter denselben Verhältnissen wie die Beamten zu leiden haben. Die Versammelten sehen es als eine Zurücksetzung an, wenn man ihnen nicht die gleiche Feuerungszulage wie den Beamten gewährt, und erwarten vom Rat und der Bürgervertretung, daß beide Körperschaften diese berechtigten Forderungen anerkennen und billigen.“

Tiflis. Bis vor einem Jahre bestand hierorts eine verhältnismäßig schwache Arbeiterbewegung. Aus diesem Grunde waren denn auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen keine günstigen. Deshalb wanderte ein großer Teil intelligenter Arbeiter nach dem industriellen Westen aus, um sich dort eine bessere wirtschaftliche Position zu schaffen. In letzter Zeit ist aber ein vollständiger Wandel eingetreten. Die meisten Berufe haben ihre Organisationen gut ausgebaut und waren somit in der Lage, günstige Lohnsätze abzuschließen. Diese Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung konnte nicht spurlos an den städtischen Arbeitern vorübergehen. So konnten auch wir unsere Organisation in die Höhe bringen. Der Versuch des Gasanstaltsdirektors Maibbaum, durch Gründung einer Unterabteilung, die Organisation zu zersplittern, kann als Mißlungen betrachtet werden. Die einjährige Aufklärungsarbeit der Organisation hat den Arbeitern der städtischen Betriebe die Augen geklärt, und somit wissen sie alle, was sie von einer Werkunterstützungskasse für Nachteile zu erwarten hätten. Die Arbeiter sind fast einmütig der ganz richtigen Meinung, daß die Gewerksverwaltung bessere Aufgaben zu erfüllen hätte, als für sie Unterstützungskassen zu gründen. So beschloßen sie nach wiederholter Beratung, dem Magistrat durch den Arbeiterauschuss folgende Wünsche zu unterbreiten: 1. Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung; 2. Einführung von Lohnstufen mit alljährlicher Steigerungen; 3. Bewilligung von Anbelohn und Witwen- und Waisenversorgung; 4. Zahlung von Krankengeld (Differenzlohn zwischen Lohn und Krankengeld); 5. Bis zur Erledigung der gestellten Anträge Zahlung von Feuerungszulagen vom 1. Oktober 1911 ab. — Mit diesen Forderungen an den Magistrat sind die städtischen Arbeiter nunmehr in eine ernste Lohnbewegung eingetreten und stehen wohl gerüstet da, mit der Absicht, wenn es sein muß, auch vor einem energischen, gähren Kampf nicht zurückzuschrecken. Sie sind nur zu oft mit ihren Wünschen abgewiesen worden und endlich der Versprechungen müde. Sie wollen jetzt Tatsachen sehen. In diesem kleinen Städtchen, unweit der russischen Grenze, sind die städtischen Anwesen nicht so schlecht bestellt, daß die städtischen Arbeiter mit Hungerlöhnen abgepeist werden müßten, wie es bisher der Fall war. Es sind oft genug größere Summen städtischen Geldes für allerlei Sportereien bewilligt worden, und mit gutem Recht kann man darauf dringen, daß nunmehr den städtischen Arbeitern ihre Leistungen angemessen bezahlt werden. Ganz allgemein lassen die Arbeitsbedingungen sehr viel zu wünschen übrig. Die Kommunalverwaltungen des schwarzen Meeres interessieren sich sehr für allerlei patriotischen Alimbin und übersehen die schlechten Zustände in ihren Regiebetrieben. Wird dann an diesen schlechten Zuständen Kritik geübt, so kommt man gern mit der Drohung, daß man dann dem schlechten Beispiel anderer Städte folgen und die städtischen Werte verpacken werde. Man kann schon diesen Herren zutrauen, daß sie im Interesse der Kapitalisten das tun würden. Eine andere Frage ist es, ob die Bürgerchaft dies zulassen würde. Die städtischen Arbeiter selbst sind allerdings der Meinung, daß die städtischen Betriebe, auch wenn den Arbeitern viel höhere Löhne gezahlt werden, recht gute Heberschiffe abwerfen können, wenn sie sich nützliche Arbeitskräfte sichern. Deshalb halten sie an ihrer Organisation in unserem Verbands fest, wissend, daß sie auf diesem Wege ihre wirtschaftliche Lage verbessern und ihr Wissen erweitern können.

Sittau. „Was lange währt, wird gut!“ Nach diesem Grundsatz verfährt der Sittauer Stadtrat durchaus nicht. Er hat es auch von sich gewiesen, „Populärwissenschaft“ zu treiben, er läßt sich nur von den realen Tatsachen leiten. Von diesem Gesichtspunkte aus beschloß er dann auch in seiner unerforschlichen Weisheit, den städtischen Arbeitern eine Feuerungszulage von ganzen 5 Proz. zu gewähren. Bei den gegenwärtigen Stundenlöhnen, die der Sittauer Stadtrat zahlt, betragen diese 5 Proz. täglich etwa 13 bis 14 Pfennige! Mit diesem Beschlusse hatten sich die Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 16. November zu befassen. Die vor langer Zeit eingesetzte Kommission zur Aufstellung einer Arbeiterordnung schlug entgegen dem Ratsbeschlusse eine Lohn-erhöhung nach festen Säben vor. Die Arbeiter im Stundenlohn

stellten 2 Pf. pro Stunde und die Arbeiter 7 1/2 Proz. Lohn-
erhöhung erhalten. Die Mehrausgaben würden sich nach den An-
gaben der Kommission auf 25.000 Mk. belaufen, während nach dem
Materialeinsatz nur 10.000 Mk. erforderlich waren. Nur die 6000 Mk.
Differenz mußten freigegeben werden, die höchst einkommensschwachen
Städte, wobei wir bemerken, daß das Göttinger Stadtparlament
bis jetzt noch völlig sozialistenrein ist. Der Materialeinsatz wurde
abgelehnt und der Vorstoß der Kommission gelangte zur An-
nahme. Wenn nun der Stadtrat nicht noch höhergeht, so
haben also unsere Kollegen ab 1. November eine Lohn-
erhöhung von jährlich 2 Pf. zu erwarten. Es wird aber auch die höchste
Zeit, denn vor zwei Jahren waren bereits die ersten An-
träge auf Lohn- und Gehaltssteigerung eingereicht. Das Ergebnis dieser zwei-
jährigen Verhandlung wäre also recht mager. Daß dies so ist
und daß es so lange gedauert hat, ehe überhaupt ein Resultat
erzielt wurde, liegt auch zum größten Teile mit an den städtischen
Arbeitern selbst. Sie mühen sich viel energischer für die Durch-
setzung ihrer Forderungen einzusetzen! Es genügt nicht, dem
Verband anzugehören, sondern ein jeder muß sich auch entsprechend
betätigen, seine ganze Person für die Sache einsetzen. Auf's
schärfste aber mühen wir es zu vermeiden, daß verschiedene unserer
Kollegen bei den jetzt stattfindenden Stadtratswahlen ihr
Stimmrecht nicht ausüben. Das ist höchst bedauerlich. An-
geht es das ganze bisherige Verhalten des Stadtverordneten-
kollegiums müßte es doch jedem städtischen Arbeiter einleuchten,
daß Beförderung nur eintreten wird, wenn ein oder mehrere Stimm-
en in den Rat eintreten. Wir als städtische Arbeiter
haben wohl das größte Interesse daran, daß eine andere Zusammen-
setzung des Stadtverordnetenkollegiums erfolgt. Deshalb mühen
wir unsere Kollegen immer und immer wieder aufzufordern, das
Wahlrecht zu erwerben und dann aber auch von dem Stimmrecht
Gebrauch zu machen.

Bwidau i. Sa. Der Rat unserer Stadt hat uns auf unsere Ein-
gabe um Lohn- und Gehaltssteigerung bereits eine Antwort gegeben
lassen und damit bewiesen, daß es nicht immer notwendig ist,
zur Ausfertigung von Antworten auf Lohn- und Gehaltssteigerung
warten zu lassen. In dem sehr verbindlichen Schreiben an unsere
Organisationsleitung teilt uns der Rat mit, daß er eine Lohn-
erhöhung von durchschnittlich über 6 Proz. habe eintreten lassen.
Entspricht diese Erhöhung auch nicht ganz unseren Forderungen,
so erkennen wir doch gern an, daß damit wenigstens eine Verringerung
des jetzt herrschenden Notstandes bewirkt wird. Die Lohn-
erhöhung wurde vom 12. November ab gewährt; es muß selbstver-
ständlich nun erst nachgeprüft werden, ob und wie die bekannten
„nachgeordneten Stellen“ die durchschschnittliche Lohn- und Gehalts-
steigerung von über 6 Proz. zur Auszahlung gebracht haben. Die Kollegen
können aus diesem Ergebnis wieder erkennen, daß Erfolge nur
zu erzielen sind, wenn sich wenigstens diejenigen Kollegen eng zu-
sammenschließen, die auf gegenseitige Achtung noch einigen Wert
legen, und das ist noch immer die überaus große, die erdrückende Mehr-
zahl der Arbeiter. Gewiß, der Rat teilte auch mit, daß er schon
vor Eingang unseres Gesuches die Frage erwogen hätte! Ganz
selbstverständlich geben wir das ohne weiteres zu, da wir ja höchste
Leute sind. Erwogen in aber noch lange nicht bewilligt. Und
bewilligt wurde die Erhöhung in der Tat erst auf Grund unserer
Vorstellungen. Interessant ist es übrigens, auch das Schicksal einer
anderen Eingabe um Lohn- und Gehaltssteigerung zu kennen, die nicht von
unserer Seite an den Rat gelangte. Wie überall, so gibt es auch in
Bwidau einige Leute, ein knappe Dutzend, mehr sind es nicht,
die ihre Aufgabe darin erblicken, sich selbst zu korrumpieren! Welche
Gruppe reichte eine Bitte um Lohn- und Gehaltssteigerung ein, in deren Unter-
schrift sie es für notwendig hielt, noch ganz besonders darauf auf-
merksam zu machen, daß sie nicht organisiert, also vernünftige Ein-
wendungen sind. Der Rat war aber vernünftig genug, den Leuten mit-
zutun, er habe keine Zeit, sich mit Sonderangelegenheiten einzelner
Gruppen und Gruppen zu befassen und verweise sie an die Stelle,
die sonst immer diese Eingaben macht! Ein verständnisvolles
Lächeln spielt seitdem auf dem Gesicht jedes Kollegen, der diese
„Unglücklichen“ zu sehen bekommt! Doch, wer kann dafür? Man
sieht wohl in Zeiten der Not den Verrat, aber man verachtet
zu allen Zeiten den Verräter! Nicht organisiert, ja
das läßt man sich gefallen, wenn man mit allem zufrieden ist!
Aber nicht organisiert und dann trotzdem mehr Lohn, rein, das gibt
es nicht, da in es schon richtiger, die Leute gehen an die richtige
Schmiede und machen uns keine weiteren Illusionen. So wird der
Rat mit Recht geschickt haben. Denn daß die Organisation ein großes
Stück Fortschritt bedeutet, ist klar, so daß die organisierten Ar-
beiter sich in jeder Hinsicht von den nicht organisierten sehr vorteil-
haft unterscheiden, das beweist der Rat insofern, als er ihnen zu
Lohn, und an der soll es liegen, auch fernher den Nachweis zu
erbringen, daß die organisierten Arbeiter trotzdem die höchsten sind.
Mühsamkeit und Überforderung sind Angelegenheiten, die zwar
nicht nach Lust und Verlangen behebbar werden können, die sich
aber trotzdem in der Hinsicht bewertbar werden können, daß
erhöhter Lohn und verkürzter Arbeitszeit, was
nach und nach durchzuführen beabsichtigt das Programm unserer
Organisation ist.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Große Arbeitskämpfe wird demnächst Berlin erleben, zum Teil
sind sie schon ausgebrochen. Eine außerordentliche Hauptversam-
lung des Verbandes Berliner Metallindustrieller hat am 18. No-
vember beschlossen, im Interesse der seit sechs Wochen vom Streik
betroffenen Geschreibetriebe am 30. November 1911 nach Schluß
der Arbeitszeit 60 Proz. ihrer Arbeiterkraft auszusperren. Der
Zentralverband der Metallarbeiter Deutschlands und die hierbei in
Frage kommenden Zentralverbände haben ein gemeinsames Manifest
gefaßt, um den Kampf mit den Unternehmern aufzunehmen. Von
dieser Aussperrung werden in Mitteleuropa gezogen die Zentral-
verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Transportarbeiter, Ta-
balarbeiter, Schmiede, Maler und Lackierer, Maschinen- und
Seiler, Kupfer- und Eisenarbeiter, Handlungsgeschäft. -- Zugewinnen hat
eine Versammlung der Zwischenmeister wie der für sie tätigen
Arbeitnehmer und Gruppierungsverbände der Damenkonfektion
am Vortag den sofortigen Streik beschlossen, weil die Mantelfabri-
kanten sich weigern, mit ihnen einen neuen Tarif abzuschließen.
Wenige Personen am Streik beteiligt sind, läßt sich noch nicht
feststellen.

Die Aussperrung in der Tabakindustrie hat die Aufmerksamkeit
mehr denn je auf die Lage der Tabakarbeiter gerichtet. In wenigen
Industrien zeigt sich die kapitalistische Ausbeutung der menschi-
chen Arbeitskraft so rücksichtslos und trotz, wie in der deutschen
Zigarrenfabrikation. Abgesehen von einigen rühmlichen Aus-
nahmen ernten in ihr lange Arbeitszeiten und Lasse Löhne. Ein
kann zu beschreibendes Elend herrscht unter den in dieser Branche
beschäftigten Arbeitern. Viele Kranke und frühzeitig Siedende sind
unter den Tabakarbeitern zu finden; die Tuberkulose in jeder Ge-
stalt ist unter ihnen weit verbreitet. Angesichts dieser Tatsache
mühen sich jeder sozial denkende und denkende nur mit Freunden
zusammen zu schließen, wenn diese Arbeiter, deren Leben eine
große gesundheitliche Gefahr für die übrige Menschheit bildet, sich
schützt, ihre gewerkschaftliche Organisation auszubauen, um, ge-
nau auf diese, zu einer besseren wirtschaftlichen und sozialen Lage
zu gelangen. Und um dieses Streben zu vereiteln, bringen die Zi-
garrenindustriellen alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel in An-
wendung. Die Profitmaximierung kommt in Gefahr, und daher greifen
sie mit brutaler Gewalt ein, um die gewerkschaftliche Organisation
zu zerstören oder doch auf Jahre hinaus lahmzulegen. Nach den
Jahresberichten der Windener Handelskammer sind die Löhne nicht
allein schlecht, sondern sie zeigen sogar für die Mehrheit der Tabak-
arbeiter in Westfalen eine sinkende Tendenz, was um so schwerer
ins Gewicht fällt, als in der gleichen Zeit, in der die Löhne sinken,
die Preise der notwendigen Lebensmittel horrend steigen sind.
Nach diesen Handelskammerberichten betragen die täglichen Durch-
schnittslöhne der versicherungspflichtigen Arbeiter:

| Streik | 1907 | 1910 |
|--|----------|----------------------------|
| Lübeck: für 2295 Arbeiter | 1,94 Mk. | für 2278 Arbeiter 1,75 Mk. |
| Hamburg: " 8933 " 2,18 " 7511 " 2,17 " | | |
| Winden: " 2129 " 2,23 " 1768 " 2,27 " | | |

Die Mehrheit dieser Tabakarbeiter hat also mit sinkenden
Löhnen zu rechnen, denn der Durchschnittslohn ist nach von 2,16
Mk. im Jahre 1907 auf beinahe 2,11 Mk. im Jahre 1910 gesunken.
Genau dasselbe Bild zeigt sich in den Zigarrenbetrieben im Arri-
um Lippe-Deimold und Waldeck und in allen benachbarten
Betrieben, die im Industriegebiet weit verbreitet sind. Die Tabak-
arbeiter dürfen nicht in ihrem schweren Kampfe unterliegen. Alle
deutschen Arbeiter müssen sie daher auf das weitgehendste unter-
stützen.

• Internationale Rundschau •

Amerika. In New York fanden kürzlich die Straßenreini-
ger im Streik. Obwohl die Gemeindebehörden Arbeitswillige zu
einem Tagelohn von 3,50 Dollar suchten, fand sich doch kein aus-
reichender Streikbrecher. Die nicht in den Ausstand getretenen
Arbeitswilligen wurden von Polizei bewacht, genau wie in Deutsch-
land, begleitet. Das führte zu Zusammenstößen. Die bürgerliche
Presse hat ganz nach deutschem Muster in der tendenziösen Weise
berichtet.

Österreich. Wir berichteten bereits in Nr. 42, daß sich der
Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Österreichs Ende Okto-
ber in Innsbruck auch mit der tschechischen Separatisten-
bewegung beschäftigten werde. Er hat sich sehr gründlich mit der
Frage befaßt. Nach einem vortrefflichen Referat Viktor Adlers,
worin sich eine eingehende Diskussion knüpfte, hat er das Freitrennen
der tschechischen Separatisten als schädlich für die Arbeiterbewe-
gung verurteilt. Der Parteitag gelobte, die tschechischen Ge-
werkschaften in ihrem Kampf gegen den Separatismus zu unter-
stützen und alles zu tun, um den tschechischen Zustand, der durch
diese Organisationsverfälschung herbeigeführt wurde, zu be-
seitigen. Er erkennt ferner die neue tschechisch-zentralistische So-

zialdemokratie als gleichberechtigte Partei an und wird ihre Aufnahme in die Internationale unterstützen. Von den Separatisten erhofft er die Rückkehr zu ihrer ruhmvollen internationalen Tradition. Die Parteivertretung (Parteivorstand) wurde beauftragt, zu geeigneter Zeit eine Reichskonferenz der Exekutiven aller sozialdemokratischen Parteien Österreichs einzuberufen, der es obliegen soll, die internationale Organisation der sozialdemokratischen Gesamtpartei wieder aufzurichten.

Skandinavien. Bei den skandinavischen Gewerkschaften, die die gewerkschaftliche Zentralisation in der ausgeprägten Form beibehalten, machen sich jetzt Zentralisationsbestrebungen geltend, die wohl verständlich, in ihrer Art aber verwerflich sind. Die Landeszentralen gewähren den einzelnen Verbänden Unterstützung bei Streiks, sofern eine gewisse Anzahl Mitglieder sich im Ausland befinden. Dadurch erlangten die Landeszentralen auch ein Mitbestimmungsrecht über Beginn und Beendigung des Ausstandes. Das hat nun zur Folge gehabt, daß die Unternehmer mehr denn je zu großen Auspöhrungen griffen. Es sei nur an den Miesenkampf in Schweden im Jahre 1909 erinnert. In Schweden macht sich nun das Bestreben geltend, die Unterstützung bei großen Kämpfen durch die Landeszentrale abzuschaffen und ihr damit auch das Mitbestimmungsrecht bei der Führung von Arbeitskämpfen zu nehmen, hingegen mehr Fühlung bei den internationalen Berufsorganisationen zu suchen, um von dort die notwendigen Unterstützungen zu erlangen. Diesen Schritt halten wir für verfehlt, weil damit die Solidarität im eigenen Lande untergraben wird, die internationale Berufssolidarität aber keinen vollständigen Ersatz bieten kann. Noch schlimmer als in Schweden sind aber die Zentralisationsbestrebungen in Dänemark. Hier gehen sie bei einem Teil der Gewerkschaften sogar soweit, aus der Landeszentrale auszutreten und isoliert von jeder anderen Organisation auf eigene Faust zu kämpfen. So hat bereits der Maurerverband durch Abstimmung mit 2457 gegen 1624 Stimmen den Austritt aus der Landeszentralisation beschlossen, der am 21. Oktober 1912 perfekt wird. Die gleichen Beschlüsse haben die Verbände der Seelente und Uhrmacher gefaßt. Die 1200 Mitglieder zählenden Seelente erachteten eine Mitgliederversammlung mit 50 Besuchern für genügend, diesen folgenhüchlerischen Schritt zu beschließen. Der Uhrmacherverband hat 80 Mitglieder; er wird isoliert zweifellos ohne jeglichen Einfluß bleiben. Auch der letzte Buchdruckerverband, lag hatte die Abstimmung über diese Frage beschlossen, der jedoch mit 1679 gegen 1252 Stimmen den Austritt ablehnte. Hoffentlich bleibt die dänische Gewerkschaftsbewegung vor weiteren derartigen Schlägen bewahrt und sehen die abtrünnigen Organisationen ihre verkehrte Handlungsweise bald ein. Starke Konzentration der gewerkschaftlichen Organisationen, die ihre Kämpfe aus eigenen Mitteln führen, und bei Miesenkämpfen die Landeszentrale und letzten Endes die Internationale um Unterstützung angehen, sind das Erfordernis unserer Zeit.

◆ Rundschau ◆

Bei der Münchener Gemeindevwahl haben die Sozialdemokraten 6000 Stimmen mehr aufgebracht als bei der letzten Wahl, so daß sie diesmal 8 Sitze erhalten. Unter den Gewählten befindet sich auch unser Kollege Franz Sebald. In Nürnberg errangen die Sozialdemokraten 10 Sitze; u. a. auch unser Kollege Oswald Solke. Mannheim verzeichnet nach den letzten Wahlen von insgesamt 96 Stadtverordneten 40 Sozialdemokraten und von 23 Stadträten 9 Sozialdemokraten. Als Stadtrat ist u. a. unser Kollege Richard Hedmann gewählt worden. Wir wünschen unserem Kollegen auch in diesem Wirkungskreise viele Erfolge. — Eine ganze Reihe weiterer sozialdemokratischer Gemeindevwahlsiege sind in Bayern und anderswo zu verzeichnen. Das sollte ein weiterer Ansporn für unsere Kollegen sein, die Reihen der Organisierten zu stärken, denn die Arbeiterpartei kann nur dort erfolgreich für unsere Interessen wirken, wo die geschlossenen und einheitlich organisierten städtischen Arbeiter hinter ihr stehen.

Organisation der Heimarbeiter. Der herabende Reichstag wird in aller Eile nach ein Gesetz zu bringen, welches für die Gesamtarbeiterschaft von Bedeutung ist: das Hausarbeitsgesetz. Den Anlaß zur Einbringung des Entwurfs gaben der Heimarbeiterkongress von 1901 mit anschließender Ausstellung von Heimarbeiterorganisationen und die Heimarbeiterausstellung von 1906. Das Interesse, das gerade dieser Ausstellung entgegengebracht wurde, bestatet die deutsche Kaiserin die Ausstellung und gab dadurch Veranlassung, daß von da ab die Zahl der Besucher aus den Reihen der arbeitenden Massen sich auffallend stark mehrte. In den Augen vieler eine baldige Forderung der Gesetzgebung zu Gunsten der Heimarbeiter erwarten. Diese Erwartungen, die von der Arbeiterschaft nicht geteilt wurden, haben sich nicht erfüllt. Es blieb beim alten. Gegen Ende des Jahres 1907 ist allerdings der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes dem Reichstage zugegangen,

das jetzt endlich, nach nahezu vier Jahren, in aller Eile verabschiedet werden soll. Die Regierung und die Mehrheitsparteien im Reichstage werden vorzugsweise hierzu ihr Möglichstes tun. Sie erhoffen von der Verabschiedung eines sozialpolitischen Gesetzes, das für die Armisten der Armen bestimmt ist, eine günstige Einwirkung auf den Ausfall der Reichstagswahlen. Soweit vorzusehen ist, wird dieses Gesetz den Heimarbeitern nicht das bringen, was sie dringend brauchen, die gesetzliche Regelung der Mindestlöhne. Der Antrag, Lohnämter einzuführen, die diese Aufgabe erfüllen sollten, wurde in der Kommission und bisher auch im Plenum des Reichstages abgelehnt. Neuerdings ist die Rede davon, daß die Regierung beabsichtigt, dem Bundesrat das Recht zu geben, „Nachschüsse“ einzuführen, die aber die geforderte gesetzliche Lohnregelung nicht herbeiführen können, vielmehr nur beratende und anregende Körperlichkeiten darstellen, die unter anderem auch den Abschluß von Tarifverträgen fördern sollen. Bei dem traurigen Organisationsverhältnis der Heimarbeiter werden selbst Lohnämter nicht instande sein, die traurigen Arbeitsbedingungen aus der Welt zu schaffen. Dies zeigen uns die Vorgänge in England. Dort bestehen seit 1909 Lohnämter. Nach dem letzten internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung haben vielfach aber die Heimarbeiter zum Streik greifen müssen, um den von den Lohnämtern festgesetzten Bedingungen Anerkennung zu verschaffen. Dies ist natürlich das Vorhandensein einer starken Organisation der Heimarbeiter voraus, an der es leider in Deutschland noch immer mangelt. Wiederholt haben sich deshalb die Gewerkschafts-kongresse mit dieser Frage beschäftigt und den organisierten Arbeitern zur Pflicht gemacht, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß ihre Familienangehörigen, die Heimarbeit verrichten, sich den zuständigen Organisationen anschließen. Daß unter den elenden Verhältnissen in der Heimarbeit die gesamte Arbeiterschaft leidet, ist selbstverständlich. Höhere Stücklöhne — für Heimarbeit kommt meist Akkordarbeit in Frage — würde den Frauen der Arbeiterklasse, die einen großen Prozentsatz der Heimarbeiterinnen stellen, ermöglichen, sich mehr der Versorgung des Haushaltes, der Pflege und der Erziehung der Kinder zu widmen. Kürzere Arbeitszeit wäre auch in Hinblick auf die Gesundheit der Arbeiterfrau dringend zu wünschen, die sich heute in doppelter Arbeit aufreibt und Körper und Geist ruiniert. Nirgend braucht so lange gearbeitet werden, um annehmbare Verdienste zu erzielen, als in der Heimarbeit. Wie nun in allen anderen Fragen, so werden auch in der Frage der Heimarbeit durchgreifende Reformen erst durch die Heimarbeiter selbst geschaffen werden können. Die Vorbereitung hierfür, der Zusammenschluß der Heimarbeiter und Arbeiterinnen in die gewerkschaftlichen Organisationen fehlt aber bis jetzt und ist so schwer herbeizuführen. Hauptfachlich deshalb, weil die in der Heimarbeit Beschäftigten allein arbeiten. Der Zusammenschluß ist aber heute dringender als je. Deshalb richten wir auch an dieser Stelle noch einmal die schon wiederholt ausgesprochene Bitte an alle Arbeiter, in deren Hause Heimarbeit verrichtet wird, die Familienangehörigen über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären und sie zum Anschluß an die in Frage kommenden Verbände zu veranlassen. Wie sich die Arbeiterschaft der verschiedensten Berufe durch jahrelange Kämpfe und durch Stärkung der Organisation Anerkennung verschafft hat, so wird das auch den in der Heimarbeit beschäftigten Männern und Frauen möglich sein, wenn auch diese erst in starken Organisationen vereint dem vereinigten Unternehmertum entgegenzutreten können.

Die Öffentliche Bibliothek und Leseshalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann in Berlin. Albrechtstraße 41, hat in dem letzten abgelaufenen 12. Betriebsjahre wiederum eine bemerkenswerte gemeinnützige Wirksamkeit entfaltet und eine praktische Bildungsarbeit geleistet, deren Umfang der Tätigkeit dieser hervorragender städtischer und städtischer Bibliotheken nicht nachsteht. Das neue schmucke Heim und seine vorbildlichen Einrichtungen wurden auch im verfloffenen Jahre wieder von zahlreichen Besuchern des In- und Auslandes sowie einer Reihe von gewerkschaftlichen Studienkommissionen eingehend besichtigt. Nicht weniger als 377 Personen fanden sich durchschnittlich täglich ein, die entweder ein gutes Buch nach Hause entliehen oder an Ort und Stelle in den behaglichen Lesesälen geistige Erholung suchten. In der Ausleihbibliothek wurden im 12. Betriebsjahre 66.796 Bände nach Hause verliehen gegen 70.168 Bände im Vorjahre. Die kleine Wucherung der Lesesäle dürfte auf die außergewöhnliche und anhaltende Hitze dieses Sommers zurückzuführen sein. Im Verlust geraten sind 13 Bände. Von der Gesamtzahl der Entlehnungen entfallen 44.812 Bände auf eigene und 21.984 Bände auf belehrende Literatur. In letzterer Zahl sind die einzelnen Wissenschaften in folgender Weise beteiligt: Geschichte und Lebensbeschreibungen 1138, Geographie 2062, Naturwissenschaften 1110, Rechts- und Staatswissenschaften, Volkswirtschaft 2081, Gewerkschaften, Technik 2793, Philosophie, Religion, Pädagogik, Sport 2119, Kunst, Musik, Literaturgeschichte usw. 2219 Bände. Die verlangten wissenschaftlichen Bücher machten im Berichtsjahr 31 Proz. aller Entlehnungen aus. Insgesamt und im 12. Jahre 81.286 Bände in und außer dem Hause entlehnt worden; in den 12 Betriebsjahren zusammen 875.940 Bände. Die Leseshalle wurde im 12. Berichtsjahre von

64 106 Personen gegen 63 020 Personen im Vorjahr, und zwar 61 839 Männern und 2267 Frauen, in den 12 Jahren zusammen von 749 030 Personen besucht. Die Zahl der hier ausliegenden periodischen Schriften hat wiederum eine Vermehrung erfahren und beträgt jetzt 557 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung. Die im Arbeitszimmer der Zeitschule aufgestellte, 1988 Pände zählende Nachschlageliteratur wurde von den Lesern in umfänglicher Weise zu Rate gezogen. Die Gesamtzahl der Besucher, die im 12. Betriebsjahr Selbstbesuch und Zeitschule benutzten, belief sich auf 1 390 2 Personen. Seit der Eröffnung vor 12 Jahren haben insgesamt 1 461 300 Personen das Institut aufgesucht. Das Institut ist werktäglich von 5¹/₂ - 10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 - 1 und 3 - 6 Uhr geöffnet.

Gute Jugendchriften bietet der Bildungsausschuss der sozialdemokratischen Partei in dem hohen erscheinenden „Verzeichnis empfehlenswerter Jugendchriften“ den Eltern der Arbeiterkinder dar. Seit vier Jahren besteht nun die vortreffliche Einrichtung, daß aus drei Perioden bestehende Auskünfte jedes angenehme und auch jedes abgeleitete Buch auf seinen für die Arbeiterjugend geeigneten Inhalt prüfen. Seit 1907 sind 4263 Bücherprüfungen vorgenommen worden; 668 Bücher wurden abgelehnt. Diese gewissenhafte Auslese der Jugendchriften gibt daher den Eltern die bequeme Möglichkeit, aus dem Bücherverzeichnis leicht und schnell ein passendes und von den Kindern immer gern gesehene Buch auszuwählen. Über 700 Bücher weist dieses Verzeichnis auf. Ein Sachregister und ein alphabetisch geordnetes Autorenregister erleichtert das Auffinden der gewünschten Bücher, deren Preisverzeichnis natürlich beigefügt ist. Es ist deshalb zu empfehlen, daß unsere Gewerkschaftsmitglieder von diesem Bücherverzeichnis regen Gebrauch machen. Bücherbestellungen sind bei der städtischen Parteibuchhandlung und, wo solche nicht besteht, bei der Buchhandlung Vorwärts möglichst rechtzeitig zu machen, damit die Bestellungen sich kurz vor Weihnachten nicht zu sehr häufen. Das Verzeichnis der vom Bildungsausschuss empfohlenen Jugendchriften erhält auf Wunsch jeder unentgeltlich. Man wende sich an: Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Den „Christlichen“ und „Sichlichen“ ins Stammbuch. Das alte christliche Schmarbenerman, der „Arbeitgeberzeitung“, leit: artikel über „Arbeitswillige und Streikbrecher“. Es heißt bei Aufzählung der Arbeitswilligen „Streik“ u. a.: „Da ich erhebe der professionellen Streikbrecher; ein Mann, der sich und gesellschaftliche Gewinn zu ziehen versucht aus den in einen Streit ausartenden Zerwürfnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, indem er überall gerade da in Arbeit tritt, wo ein Streit ist. Da ist ferner der Arbeiter, der von der Kooperationsfreiheit darin Gebrauch macht, daß er sich nicht loziert. „Am weiteren haben wir den Arbeiter, der nicht streiken will, weil er persönlich den Streik, den seine Gewerkschaft beschließt, für ungerecht erklärt und darum aus der Gewerkschaft austritt. Wir haben sodann den Arbeiter, der einer anderen Vereinigung angehört, die es im gegebenen Fall nicht für opportun erachtet, den Streik mitzumachen, so kommt es ja alle Augenblicke vor, daß die Christlichen und Sichlichen Landerischen nicht streiken wollen, wenn die sozialdemokratische Organisation streiken; ihre Verbandsleitungen bestehen den Mitgliedern die Weiterarbeit an.“ Wahrlich, die „Arbeitgeberzeitung“ kennt ihre Pappenheimer!

Vom Flugblatt des Reichsverbandes.

Bei Helgoland ein Handzettel
Treibt müde mit der Flut;
Er treibt dahin und murmelt leis:
„Wie wohl ist mir zu mut!“

Dort an der Düne standet er
Und liegt und stöhnt und jappet;
Der Wille drückt ihn gar zu schwer.
Den er zuletzt erschnappt.

„Was es nur ist?“ so klagt der Kai.
„Dab' alles sonst verdaut,
Ich frag' frisch, frohlich, fromm und frei,
Was ich nun hab' erlauft.“

Ob Schiffstau oder Leberjaß,
Ob Mühe oder Not,
Ob Hühnerkorb, Marienfischjaß,
Ich frag' — und es war gut.

Doch dieses Vändchen winzig klein,
Das gehet ich verhängt,
Das macht mir Rot, das macht mir Pein;
Wie ist so Herbensang.“

Der Hainich tut noch einen Schnapp
Und streckt sich und heipert ...
Von Helgoland ein Aesfupap
Den Reiznam Rugs legiert.

„Woran er starb?“ Du siehst es hier:
Verheeretes Publikum!
Man bringt mit solcherlei Papler
Selbst einen Salsch um!“

Ein Flugblatt ist's vom Reichsverband;
Ob sagt genug wohl schon.
Der Hainich dort bei Helgoland,
Der tug den Tod davon. H. E.

Briefkasten

Mehrere Artikel mußten zurückgeschickt werden.

K. Marlerhe. Der am 21. November d. J. eingelangte Bericht ist bereits in Nr. 46 der „Gew.“ und Nr. 24 der „Sanitätsvarie“ erschienen.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter (H. Mann). Verantwortlicher Redaktor: Ernst Dittmer, beide Berlin W. 57, Unter den Eichen 24. 2. und: Fernwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 64, Lindenstr. 40.

Eingegangene Schriften und Bücher

Von der vor kurzem amtlich veröffentlichten Reichsversicherungsordnung ist vom Geh. Regierungsrat A. Tümmann, Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Oldenburg, eine Textausgabe nach Einführungsgesetz, versehen mit einer gemeinverständlichen Darstellung des Rechtes der Arbeiterversicherung als Einleitung im Umfange von 46 Seiten und einem ausführlichen Sachregister von 18 zweispaltigen Seiten im Gesamtumfange von 504 Seiten zum Preise von 2,50 Mk. bei Trepban Geibels Verlag, Altenburg (Z. M.), erschienen.

Leistung, Warenwucher und Klassenkampf. Von J. Karski. Agitationsausgabe. Preis 10 Pf. Inhaltsangabe: Die Versorgung der Menschen mit Nahrung und die kapitalistische Anarchie. — Die künstliche Preissteigerung. — Das Steigen der Warenpreise in Deutschland. — Die Misere und die Teuerung. — Der Kampf gegen die Teuerung.

Vodendüngung, Pflanzenwachstum, Menschengesundheit. Ein Ratgeber für den denkenden Gartenfreund. Von Gustav Zimons, Obstbaukultur „Garten“ bei Cranienburg. Zweite Auflage. Verlag: Lebenskunst-Verlag, Berlin 1911. 48 Seiten. Preis 30 Pf. Die modernen Stadter möchten die uralten Beziehungen zwischen ihren Lebensbedürfnissen und dem Boden wieder aufnehmen. Hunderttausende haben den Ruf: „Rück zur Natur!“ vernommen, sind ihm, soweit es die Verhältnisse ihnen erlauben, gefolgt und haben sich wieder dem Gartenbau zugewandt. Allen diesen Strebenden, die bei Beginn ihrer neuen Tätigkeit über nur wenig oder gar kein Fachwissen verfügen, will nun dieses Vademecum eines Theoretikers und Praktikers zugleich die bisherigen Forschungs- und Erfahrungsergebnisse vermitteln. In leichtverständlicher Sprache wird hier das Gebotene, was jeder — sei er nun Gärtner im Haupt oder Nebenberuf — wissen muß, um sich vor Fehlern zu hüten und das Richtige zu treffen. Ueber die eigentliche Vodendüngungslehre hinaus aber werden dem Leser die innigen Wechselbeziehungen zwischen Vodendüngung, Pflanzenwachstum und Menschengesundheit aufgezeigt. So ist das Buchlein ein unentbehrlicher Ratgeber für alle Gartenfreunde.

Erleben erschienen:

Notiz-Kalender

für

Gemeinde- und Staatsarbeiter

.. für das Jahr 1912 ..
zum Preise von 50 Pfg.

Bestellungen wollen die Kollegen bei ihrer Filialleitung machen.
Der Verbandsvorstand.

Totenliste des Verbandes.

| | |
|---|--|
| Adam Kurz, Barmen Schmied (Strassenbahn) † 30. 10. 1911, 22 Jahre alt. | Karl Nikolay, Mainz Zahnarzt (Münchingeramt) † 20. 11. 1911, 69 Jahre alt. |
| Christ. Bek, Strassburg i. El. Straßenreiner † 15. 11. 1911, 56 Jahre alt. | G. A. Krebshmar, Leipzig-G. Machist im Glaswerk I † 21. 11. 1911, 58 Jahre alt. |
| August F. Meyer, Hamburg Pensionär † 18. 11. 1911, 53 Jahre alt. | G. Mörghthal, Mannh. Gartenarbeiter † 21. 11. 1911, 41 Jahre alt. |
| August Lange, Berlin Arbeiter (Gasanstalt) † 19. 11. 1911, 29 Jahre alt. | J. Kist, Gassenbüren-Dremsen Arbeiter (Gaswerk) † 21. 11. 1911, 67 Jahre alt. |
| Julius Neumann, Tegel Arbeiter (Wasserwerk Tegel) † 19. 11. 1911, 51 Jahre alt. | Ernst Edwin Senf, Dresden Arbeiter (Gaswerk) † 21. 11. 1911, 84 Jahre alt. |
| Rudolf Thies, Hamburg Matrose (Wagner VIII.) † 19. 11. 1911, 50 Jahre alt. | Leonhard Radzinski, Berlin Arbeiter (Schlacht- u. Viehhof) † 23. 11. 1911, 44 Jahre alt. |

Johann Hempel, Nürnberg

pensionierter Kanalreiner
gestorben am 24. November 1911, im Alter von 53 Jahren.
Chre themen Andenken!